

# LinksRutsch

## Zeitung der LINKEN im Kreis Unna



Ausgabe 3/2022

Zeitung der Partei DIE LINKE.Kreisverband Unna



Inflation, Miet- und Energiepreissteigerung

## Heißer Herbst gegen einen kalten Winter

Janine Wissler und Martin Schirdewan

Immer mehr Menschen machen sich Sorgen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Vor allem diejenigen mit mittleren oder niedrigen Einkommen ächzen unter den steigenden Preisen. Die Inflation und die drohende Wirtschaftskrise haben schon jetzt dramatische Folgen. Viele Familien wissen nicht mehr, wie sie ihren Kindern Geburtstagsgeschenke oder gesundes Essen ermöglichen sollen. Währenddessen gehen die Gewinne vieler Unternehmen und die Dividenden ihrer Aktionäre durch die Decke. Wenn Politiker der Ampel nun zum „Frieren für den Frieden“ aufrufen, ist das nicht nur zynisch, sondern für viele Menschen eine reale Bedrohung.

Die Ampel versagt angesichts der wachsenden Armut und der Enteignung der Beschäftigten durch sinkende Reallohne. Im Herbst und Winter droht die soziale Krise zu eskalieren, wenn steigende Energiepreise, Mieten und Krankenversicherungsbeiträge, die Überschuldung von kommunalen Unternehmen, Versorgungsgpässe und eine Rezession zusammenfallen. Als LINKE stellen wir uns

dem entgegen und fordern ein Entlastungspaket, das seinen Namen verdient und heute die Bedingungen für ein besseres Morgen schafft.

Es stehen harte Verteilungskämpfe an – ein heißer Herbst gegen einen kalten Winter. Wir werden uns gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen wie #IchBinArmutsbetroffen darauf vorbereiten.

Wir haben gesehen, dass die Bundesregierung mit einem Mal 100 Milliarden für die Bundeswehr mobilisieren kann. Wir wollen stattdessen Milliarden für soziale Infrastruktur, Klimaschutz und Entlastung für kleine und mittlere Einkommen. Deshalb fordern einen sozialen Klimabonus von 125 Euro monatlich und die sofortige Erhöhung der Sozialleistungen um 200 Euro. Wir fordern, dass das 9-Euro-Ticket bis zum Ende des Jahres verlängert und 2023 durch ein 365-Euro-Ticket im Jahr ersetzt wird. Damit Energieunternehmen sich nicht auf Kosten der Verbraucher bereichern können, fordern wir eine staatliche Preisaufsicht. All das ist möglich, wenn die Politik es will. Wir machen Dampf.



Janine Wissler



Manfred Schirdewan



### 9€-Ticket erhalten (Seite 3, 7)

Die Linke hat im Kreis Unna Aktionen zur Erhaltung des 9€-Ticket durchgeführt und Unterschriften gesammelt.



### Übergewinnsteuer (Seite 8)

Die Linke will die Reichen für die Krise zur Kasse bitten und die zunehmende Verarmung bekämpfen.



### Umwelt- und Klimapolitik (Seite 7, 11, 14)

Die Linke legt Vorschläge zur Klimapolitik in verschiedenen Städten des Kreises Unna vor.



### Armuts- und Sozialbericht für die Stadt Schwerte (Seite 2)

Auf Antrag der Linken in Schwerte wird ein Armuts- und Sozialbericht für die Stadt erarbeitet.

## Hartz IV heißt bald Bürgergeld,

sonst ändert sich nix.



## Gerecht geht anders!

Das Ergebnis der Landtagswahl war für uns, für die Linke.NRW nicht das, was wir uns erhofft hatten. Unsere Vieltimmigkeit, der parteiinterne Streit sowie die mediale Fokussierung auf die im Landtag vertretenen Parteien hat mit dazu geführt, dass wir die 5 % Hürde nicht erreicht haben.

Dennoch: wir sind davon überzeugt, dass es auch in NRW eine Kraft links von der SPD und den Grünen braucht. Die neue schwarz-grüne Landesregierung zeigt deutlich: Politik für die vielen wird von dieser Regierung nicht gemacht. Dieser Koalitionsvertrag ist eine Zumutung. Wichtige Wahlversprechen der Grünen finden sich nicht in ihm, für die streikenden Beschäftigten der Uni-Kliniken, denen sowohl Grüne als auch CDU Unterstützung zusagten, gibt es statt einer Umsetzung ihrer Forderung nur leere Worte. Statt des Erhalts von Lützerath und einem sozial-ökologischen Umbau der Industrie wird der Klimaschutz den Interessen von Großunternehmen geopfert. Das Versprechen in den kommenden fünf Jahren 45.000 neue mietpreisgebundene Wohneinheiten zu schaffen, wird die Mietenproblematik nicht lösen, im Gegenteil die Situation wird sich weiter verschärfen. Das heißt für uns: Wir werden die Koalition genau beobachten und werden ihr entschiedenen Widerstand entgegenbringen, wenn sie Abschiebungen und unsoziale Maßnahmen durchsetzt sowie die berechtigten Interessen der Streikenden im Gesundheitssystem weiter verrät.

Und auch in der Bundespolitik gibt es mehr Schatten als Licht für die, die am Monatsende nicht mehr wissen, ob sie einkaufen, heizen oder duschen sollen.

Wir machen Vorschläge, damit niemand im Dunkeln sitzen muss, niemand frieren muss: Wir fordern, die Energiepreise und die Mieten zu deckeln! Alle Haushalte brauchen kostengünstige Grundkontingente für Strom und Gas, nur darüber hinausgehender Verbrauch darf teurer werden. So wird Energiesparen belohnt.

### Eine linke Politik ist notwendig

Und wir wollen das 9-Euro-Ticket dauerhaft anbieten, den Nahverkehr ausbauen und schrittweise kostenfrei machen. Das hilft dem Klima, macht alle mobil und entlastet von hohen Energiepreisen! Die Löhne müssen steigen; das Gerede von der Kostenspirale wird dazu genutzt, die Löhne klein zu halten, dabei haben die großen Unternehmen Spitzenabschlüsse gemacht.

Die Sozialleistungen müssen sofort um mindestens 200 € monatlich erhöht werden. Zur Erinnerung: der Hartz IV Satz ist in diesem Jahr um 3 € erhöht worden. Für Erwachsene, für Kinder nur um 2 €!

Und jetzt zu der Frage: wie wir all dies und noch mehr finanzieren wollen: Wir finden, dass Zusatzgewinne der Konzerne in der Krise besteuert werden müssen. Italien und Griechenland machen es uns vor!

Liebe Leserinnen und Leser, gerne wollen wir mit Ihnen ins Gespräch kommen, über weitere Vorschläge von uns, über Anregungen und Wünsche von Ihnen. Schreiben Sie uns: [jules.elkhatib@dielinke-nrw.de](mailto:jules.elkhatib@dielinke-nrw.de) und [nina.eumann@dielinke-nrw.de](mailto:nina.eumann@dielinke-nrw.de).

Von Peter Weyers

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

nach der Krise ist vor der Krise. Wir hatten die Finanzkrise durch die geplatze Immobilienblase, wir hatten die Griechenlandkrise, die eigentlich eine Bankenkrise war, die Flüchtlingskrise, die Pandemie und jetzt ist Krieg.

In fast jeder Krise wurden Rettungsschirme aufgespannt, für diverse Banken, wie z. B. die Commerzbank, für die Lufthansa, für die TUI und jetzt für Uniper & Co. Nur für diejenigen, die einen Rettungsschirm am besten hätten brauchen können, die Flüchtlinge auf dem Mittelmeer und die finanziell schwachen Menschen in unserer Gesellschaft gibt es keinen Rettungsschirm. Bezieher von Sozialleistungen bekamen einmalig 100 Euro, die hinten und vorne nicht reichen und Rentner bekamen bisher gar nichts.

Staatliche Hilfgelder an Konzerne wurden teilweise zurückgezahlt aber teilweise eben auch in voller Höhe als Dividende an Aktionäre weitergereicht. Das ist eine Umverteilung von unten nach oben, weil diese Dividende von Steuer-

zahlern bezahlt wurde.

Heute liegt der Rohölpreis um 10 Cent höher als direkt vor Kriegsbeginn, Diesel kostet aber 60 Cent mehr als vor Kriegsbeginn. Wenn im September der Rabatt auf Kraftstoff wieder wegfällt, wird die Diskrepanz noch höher sein. Das heißt: Die Mineralölkonzerne zocken uns ab, sie machen Übergewinne.

Für die Gasumlage können sich auch Konzerne anmelden, die keine Probleme haben und Gewinne machen. Wer glaubt, dass Konzerne aus moralischen Gründen auf die Gasumlage verzichten, ist naiv. Den Cum-Ex-Betrügern musste auch klar sein, dass das, was sie machten, moralisch nicht okay war...

Konzerne haben immer das Ziel, ihre Gewinne zu maximieren und darüber sind sie gegenüber Ihren Aktionären Rechenschaft schuldig. Deswegen nehmen sie, was Ihnen auf dem Silbertablett angeboten wird.

Mit der Gasumlage machen solche Konzerne Übergewinne. Der Gaskunde zahlt.

Auch das ist eine Umverteilung von unten nach oben und damit wird die Kluft zwischen den Reichen und den Normal-

verdienenden in unserem Land immer größer.

Fast alle Tafeln in Deutschland sind total überlastet; sie brauchen jetzt selbst Unterstützung, um weiter helfen zu können.

Von Armutsbericht zu Armutsbericht steigt die Zahl der Armen in Deutschland. Mittlerweile sind auch immer mehr Menschen betroffen, die arbeiten oder Rente beziehen.

Die derzeitige Inflation ist nicht nur kriegsgemacht und sie wird dafür sorgen, dass die Spaltung unserer Gesellschaft noch mehr zunimmt. Wenn der Reichtum in einer Gesellschaft in der Hand Weniger immer mehr zunimmt, die Armut gleichzeitig aber auch immer weiter zunimmt, bedeutet das nichts Gutes für den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Solidarität untereinander.

Der FDP scheint das alles egal zu sein. Nutzern des 9-Euro Tickets unterstellt Christian Lindner eine Gratismoralität, gleichzeitig wirft er Kritikern des Dienstwagenprivilegs „linkes Framing“ vor. Alles



nur, um Kritik an seiner Politik schon im Ansatz zu diskreditieren. SPD und Grüne können sich nicht durchsetzen gegen die „Freunde Der Porschefahrer“. Der Scholzomat hat genug damit zu tun, dem Cum-Ex-Druck auszuweichen und den Grünen fällt nichts ein, außer Werbung für Waschlapen zu machen und uns Bürger zu bevormunden, wie lange wir duschen dürfen.

All das ist Thema in der dritten Ausgabe des LinksRutsch. In der nächsten Ausgabe schreiben wir dann vermutlich über das „Solidarische Essensgutschein-Ausgabegesetz an Normalverdiener“ oder das „Maximale Badetemperaturgesetz. Das Heizen von privaten Pools ist jetzt ja schon verboten.

DIE LINKE.Schwerte fordert

# Armuts- und Sozialbericht für die Stadt Schwerte

Von Peter Weyers

Anfang des Jahres 2022 stellten wir im Ausschuss für Bürgeranregungen und Beschwerden den Antrag, die Stadt Schwerte möge einen Armuts- und Sozialbericht für die Stadt Schwerte erstellen, damit die verschiedenen Ausprägungen von Armut in Schwerte besser identifiziert und lokalisiert werden können, um zielgenaue Maßnahmen ergreifen zu können. Einstimmig wurde unser Antrag an den So-

zialausschuss weitergeleitet.

Erörtert wurde er dort am 12.05.2022. Zunächst nahm Frau Klanke, die Leiterin des Sozialamtes, Stellung. Tenor war, dass es sich um eine freiwillige Leistung handeln würde, für die es zurzeit keinerlei personelle Kapazität und auch keine Expertise bei den Mitarbeitern der Stadtverwaltung gäbe.

Eine Sozialraumplanung/ein Sozialbericht sei allerdings wünschenswert,

um die Situation in Armut lebender Menschen in Schwerte vollumfänglich zu erkennen und darauf reagieren zu können.

Aus Reihen der SPD kam der Vorschlag, sich den Armuts- und Sozialbericht der Stadt Lörrach anzuschauen, weil Lörrach von der Größe her mit Schwerte vergleichbar sei, um dann zu entscheiden, was aus dem Lörracher Bericht auch für Schwerte Relevanz haben könnte.

Von der FDP kam der Vorschlag, Universitäten anzusprechen, um einen oder zwei Masterstudierende mit dem Projekt zu beauftragen. Das würde Kosten sparen. Außerdem hätten diese die Expertise, die der Stadt aktuell noch fehlt.

Die Grünen wiesen darauf hin, dass es trotzdem notwendig sei, die Expertise bei der Stadt aufzubauen, weil der Armuts- und Sozialbericht ständig fortgeschrieben werden müsse, wenn man eine Entwicklung, in die eine oder andere Richtung, feststellen wolle. Außerdem müsse zunächst eine Zielanforderung an einen Armut-/Sozialbericht formuliert werden, damit die mit der Erstellung Beauftragten auch eine Zieldefinition erhielten.

Ein Vertreter der CDU wies auf den großen Umfang von solchen Berichten hin. Die Erstellung eines Armuts- und Sozialberichtes dürfe auf keinen Fall zu einer Überlastung der Verwaltung führen.

## Beschluss im Sozialausschuss

Einstimmig beschlossen wurde folgendes: Die Verwaltung wird beauftragt, ihre Stellungnahme hinsichtlich des benötig-



ten Stundenaufwandes und des finanziellen Aufwandes zu konkretisieren, damit ein entsprechender Betrag evtl. im nächsten Haushalt eingestellt werden kann.

Das soll bis zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses am 01.09.2022 geschehen.

Außerdem soll eine interfraktionelle Arbeitsgruppe unter Beteiligung aller an der Kommunalwahl teilgenommenen Parteien und der Verwaltung ins Leben gerufen werden, um das Anforderungsprofil für den Armuts- und Sozialbericht zu erarbeiten.

Laut Auskunft der Stadt, ist man gerade mit der Terminfindung für diese Arbeitsgruppe beschäftigt.

Grundsätzlich war der Rat der Stadt Schwerte also sehr offen für unseren Antrag. Ein Anfang ist also gemacht...

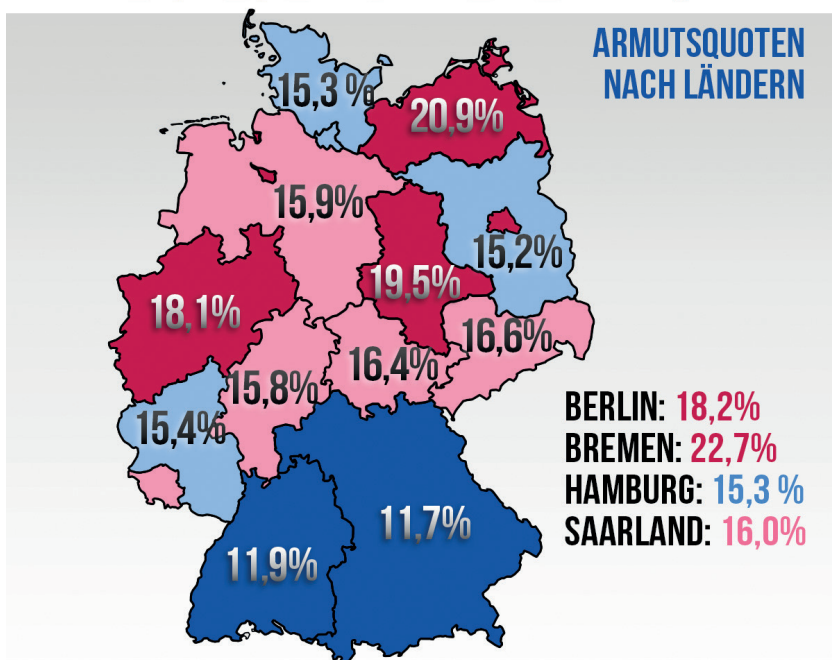
## Zunehmende Armutsproblematik in Schwerte

Wie wichtig ein Armuts- und Sozialbericht für Schwerte ist, zeigt die immer prekärer werdende Situation in Schwerte.

Die Tafel kann keine wöchentliche Ausgabe mehr an alle Kunden der Tafel realisieren, weil sich mehr Hilfesuchende an die Tafel wenden und ein Großsponsor der Tafel (der REAL-Markt in Aplerbeck) wegen Schließung ausgefallen ist.

Auch die immer weiter steigenden Energiekosten sorgen für erhebliche Existenzängste der Menschen in Schwerte. Das zeigen u. a. die Anfragen an den Mieterbund in Schwerte. Die örtliche Presse berichtete darüber.

## REICHES LAND - KEINE ARMUT?





Entlastung der Mieter zulasten der Wohnungsgesellschaften möglich

## Nebenkosten deckeln und weniger Dividende auszahlen!

Von Oliver Schröder

Die Überschrift ist nicht nur bewusst provokant, sondern auch abgeleitet von einem Zitat des Vorstandsvorsitzenden der LEG Wohnen SE, Herrn Lars von Lackum. Dieser wurde Ende Juli in der Presselandschaft wie folgt zitiert: „Ich glaube, dass in der derzeitigen Kriegssituation der Bevölkerung in Deutschland klargemacht werden muss, dass jetzt Verzicht angesagt ist.“

Vordergründig geht es Herrn von Lackum, so viel Zeit muss sein, bei diesem Zitat um den zuletzt viel diskutierten Wärmeverzicht der Mieter:innen - immerhin hat die LEG-Gruppe als eines der größten Wohnungsunternehmen in Deutschland 167.000 Wohneinheiten - auf die, so die Prognose von Herrn von Lackum, „eine Nebenkostenabrechnung im nächsten Jahr (...) von zusätzlich ein bis zwei Monatsmieten zukommen“ können. Aber wer soll dann bezahlen können?

Ich hätte da einen Vorschlag: Die LEG-Gruppe übernimmt für die Mieter:innen die zusätzlichen Nebenkosten gemäß

der Prognose von Herrn von Lackum und geht somit mit guten Beispiel voran!

Aber ist dies überhaupt machbar? Ein ganz klares ja, denn laut statista.com hat die LEG Gruppe im Jahr 2021 Mieteinnahmen in Höhe von 683,9 Mio. € erwirtschaftet.

### Überschuss der LEG reicht aus

Dies auf einen Monat heruntergerechnet, sprechen wir von 57 Mio. €, bzw. bei zwei Monaten von 154 Mio. € Kosten. Das klingt erst einmal viel ja, aber bei einem Überschuss von 1,72 Mrd. € und einer (hochgerechneten) Dividendenzahlung von 277 Mio. € (bei 4,07 € je Stammaktie) an die Aktionäre, erscheint dies dann doch - zu Gunsten der vielen Mieter:innen auch im Kreis Unna - machbar. Voraussetzung: Der Vor-

stand der LEG-Gruppe um Herrn von Lackum schlägt diesen Verzicht so der Aktionärsversammlung vor und diese stimmt dem dann auch so zu.

Bei einer seit Jahren stetig steigenden Dividendenzahlung - natürlich auf Kosten der vielen Mieter:innen - ist das in einer der Gewinnmaximierung orientierten Gesellschaft zwar leider sehr unrealistisch, hindert mich aber nicht daran sowohl diese Forderung auch öffentlich so zu stellen, als auch dem zweiten großen Miethai in Deutschland, der Vonovia SE, dass gleiche Angebot zu unterbreiten.



9-Euro-Ticket:

## Was, wenn selbst das zu teuer ist?!

Von Till Peters, OV Kamen/Bergkamen

Die Bundesregierung wollte mit der Idee des 9€-Tickets die Menschen entlasten und ihnen ermöglichen, möglichst günstig im ÖPNV in Deutschland zu fahren. Grundsätzlich begrüßen wir die Idee, dass Menschen den ÖPNV möglichst günstig nutzen können sollten. Als LINKE setzen wir uns ja sogar für kostenlosen ÖPNV ein! Allerdings bemerken wir, dass insbesondere in Kamen und Bergkamen Menschen mit unterdurchschnittlich geringem Einkommen wohnen, die sich auch dieses Ticket schlicht und ergreifend nicht leisten können. Wir bemerken, dass Preise steigen, dass die Inflation zunimmt und alles teurer wird, was fehlt sind allerdings die steigenden Löhne; diese verharren seit langem auf demselben Niveau und wenn die Löhne steigen, dann ist diese Steigerung deutlich geringer als die der Lebenshaltungskosten - ein Skandal!

Deshalb beschlossen wir, selbst 9-Euro-Tickets anzuschaffen und diese zu verschenken - an Menschen, die sich auch dieses Ticket nicht leisten können und trotzdem mobil sein müssen, was bei den aktuellen Spritpreisen für viele Menschen in Kamen und Bergkamen nicht zu stemmen ist. Diese Tickets wurden zum Teil an die Menschen verbracht, zum Teil nahmen diese an unserer Ortsverbands-Sitzung teil, dort wurden Häppchen gereicht und gute Gespräche geführt und die Tickets an die Menschen abgegeben.

Wir LINKE setzen uns weiterhin dafür ein, dass das 9-Euro-Ticket bleibt und es langfristig einen komplett kostenlosen ÖPNV gibt. Dafür muss aber noch einiges getan werden: damit es nicht zu Überfüllungen kommt, muss der ÖPNV ausgebaut werden. Das heißt, wir brauchen mehr und bessere Linien, sowohl im Busverkehr als auch im Zugverkehr. Damit die Strecken nicht überlastet werden, müssen alte Bahnstrecken reaktiviert werden, so können Zugüberfüllungen, Verspätun-

gen und das nervige Warten auf vorbeifahrende Züge vermieden werden.

Außerdem müssen endlich die Löhne steigen und an die Inflation angepasst werden, sodass die Menschen sich auch wirklich die steigenden Lebenshaltungskosten leisten können, denn es sind insbesondere diejenigen, die eh schon am Ende des Geldes noch so viel Monat übrig haben, die zusätzlich durch die Teuerung belastet werden und dies ist weder sozial, noch ökologisch nachhaltig!



Armut in Deutschland

### Wohnkostenlücke

Von Karl-Heinz Schimpf

In den letzten Jahren sind die Immobilienpreise, Grundstückspreise und damit die Mieten erheblich gestiegen. Das betrifft vor allem die Mieten der großen Wohnungskonzerne wie Vonovia, LEG, Deutsche Wohnen etc., die in dieser Zeit ihre Profite erheblich steigern konnten.

### Immer weniger Sozialwohnungen

Immer mehr Wohnungen fallen aus der Wohnungsbauförderung, dem sozialen Wohnungsbau, heraus. Gab es im Jahr 2006 noch 2,09 Mio. Sozialwohnungen, ist die Zahl inzwischen auf 1,13 Mio. (2020) gesunken. Dementsprechend steigen die Mieten. Der Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen beträgt im Durchschnitt 25,9%. Bei den armutsgefährdeten Haushalten liegt dieser Anteil bei 49%.

Die Bezieher von Arbeitslosengeld II (Hartz IV) haben neben dem Anspruch auf einen existenzsichernden Unterhalt auch den Anspruch auf Erstattung der Wohn- und Heizkosten „in tatsächlicher Höhe bis zu einer »angemessenen« Obergrenze“.

### Wohnkostenlücke immer größer

Die Jobcenter erstatten aber die notwendigen Wohn- und Heizungskosten nicht vollständig. Es entsteht die Wohnkostenlücke, die Differenz zwischen den tatsächlichen Kosten und dem, was von den Jobcentern übernommen wird.

„Die Jobcenter haben im vergangenen Jahr knapp 400.000 Hartz-IV-Haushalten nicht die vollen Kosten für Miete und Heizung erstattet. Das ist jede sechste Bedarfsgemeinschaft. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine **Anfrage der Fraktion von Die Linke im Bundestag** hervor. Die Kosten, die aus dem eigentlich existenzminimumsichernden Regelsatz für Nahrung, Hygiene und Kleidung für Wohnkosten zuzuzahlen war, lag bei monatlich durchschnittlich 91 Euro“ (Junge Welt, 11.8.2022).

Im Jahr 2022 drohen weitere erhebliche Steigerungen der Heiz- und Mietnebenkosten. Die allgemeine Preissteigerungen führen dazu, dass nun der Regelsatz nicht mehr das Existenzminimum abdeckt. Die Nebenkostensteigerungen der Mieten sind für Millionen Menschen eine Katastrophe.

Die Linke fordert, die Jobcenter und die Kostenträger in den Kreisen auf, endlich kostendeckende Erstattung der Miet- und Mietnebenkosten zu gewährleisten.



Antrag der LINKEN in Schwerte:

## Frauenhäuser im Kreis Unna: Plätze fehlen

Von Peter Weyers

Am 12. Mai 2022 wurde im Sozialausschuss ein Antrag der Linken behandelt, der einstimmig vom Ausschuss für Bürgeranregungen und Beschwerden dort hin verwiesen wurde.

Im Antrag geht es darum, die Stadt Schwerte aufzufordern, sich beim Kreis Unna und beim Land NRW dafür einzusetzen, dass mehr Plätze in Frauenhäusern geschaffen werden, um einfach mehr Frauen als bisher einen einfachen, barriere- und diskriminierungsfreien Zugang zu Frauenhäusern zu ermöglichen und



nebenbei die Istanbul-Konvention zu erfüllen, die seit 2018 in Deutschland eine gültige Rechtsnorm darstellt.

### Istanbul-Konvention nicht erfüllt

Nach der Istanbul-Konvention muss in allen Regionen pro 10.000 Einwohnern ein Frauenhausplatz finanziert und vorgehalten werden. Demnach fehlen in NRW 1.100 und im Kreis Unna 20 Plätze.

Zwei Gäste waren zum Thema eingeladen:

■ Frau Unger vom Frauenforum Unna und

■ Herr Streibel vom Weißen Ring.

Frau Unger führte aus, dass die durchschnittliche Belegung des Frauenhauses in Unna während der Pandemie bei rund 55% lag, weil man zwei Zimmer für eine evtl. notwendige Quarantäne hätte frei halten müssen. Ansonsten läge die durchschnittliche Auslastung bei rund 79%, was aber nicht bedeutet, dass es im Schnitt 21% freie Plätze gegeben hätte. Vielmehr hätten aus Personalmangel keine weiteren Plätze belegt werden können. Eine 100% - prozentige Auslastung sei sowieso nur schwer zu erreichen, weil bei einer Fluktuation nicht am gleichen Tag neu belegt werden könne.

Ein Problem sei, dass viele Frauen ihren Platz mehrere Monate belegten. Gerade bei Selbstzahlerinnen die mit Kin-

denhaus/Frauenforum deutlich besser unterstützt als das viele andere Kreise oder Städte tun. Abhängig von einer Zielauslastung von ca. 77% übernimmt der Kreis Unna alle Kosten, die nicht vom Land oder den Jobcentern oder den Frauen selbst übernommen werden.

Frau Unger meinte, im Kreis Unna sei kein weiteres Frauenhaus notwendig. Es gäbe aber in NRW, obwohl es hier 18% aller Frauenhäuser in Deutschland gibt, immer noch zu wenige Frauenhäuser und insbesondere auch weiße Flecken auf der Landkarte. In anderen Bundesländern sähe es weit schlimmer aus. Sie empfahl, die Verwaltung zu beauftragen, sich beim Land NRW für die vollständige Umsetzung der Istanbulkonvention einzusetzen.

Herr Streibel vom Weißen Ring hat betont, wie gut und vertrauensvoll der Weiße Ring mit dem Frauenforum in Unna zusammenarbeitet und außerdem festgestellt, dass es auch in Schwerte vie-

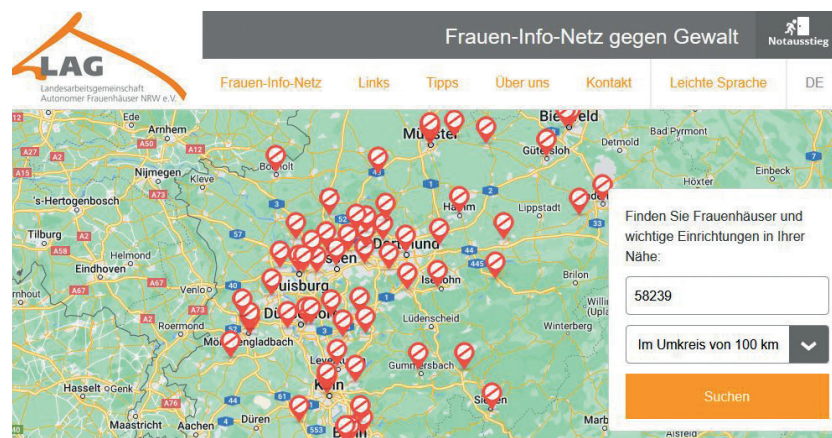
ten Polizisten gut ausgebildet und sensibel mit dem Opfern umzugehen verstünden, gibt es auch in Schwerte Fälle, in denen sich die Opfer von Gewalt nicht ernst genommen fühlen, weil Fragen gestellt werden wie: „Kann es sein, dass Sie/Du das provoziert hast?“ oder bei Migrantinnen behauptet wird, dass Gewalt gegen Frauen ja auch zu deren Kultur gehört.

Vertreter der SPD und der Grünen äußerten sich positiv zum Antrag und beschlossen wurde letztendlich, dass die Verwaltung beauftragt wird, sich beim Land NRW für mehr Frauenhausplätze einzusetzen. Ferner wurde beschlossen, dass, wie bei anderen Themen in Schwerte auch, ein runder Tisch gegründet werden soll, der sich mit dem Thema häusliche und sexualisierte Gewalt gegen Frauen beschäftigt. Beide Beschlüsse erfolgten einstimmig.

### Rechtsanspruch für hilfesuchende Frauen erforderlich

Was bleibt zu sagen? Auf der einen Seite gibt es die Istanbul-Konvention, deren Regelungen erfüllt werden müssen, weil sie in Deutschland Gesetzesrang hat. Auf der anderen Seite gibt es keinen Rechtsanspruch für hilfesuchende Frauen auf einen Platz im Frauenhaus. Das ist ein Widerspruch. Gäbe es einen Rechtsanspruch, gäbe es auch die Pflicht für Land, Kreise und Kommunen, für die Finanzierung von Frauenhäusern zu sorgen.

Das Frauenhaus in Unna mit seinen 20 Plätzen kostet jedes Jahr 500.000 Euro. Jeder zusätzliche Platz würde also 25.000 Euro kosten. Das ist Geld, mit dem man Leben retten kann.



dem kommen, könnte der Aufenthalt schnell zu einer finanziellen Überforderung führen, auch weil die Miete der Wohnung in dieser Zeit weiter läuft.

Es war Frau Unger wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Kreis Unna das Frau-

le Fälle von häuslicher und sexualisierter Gewalt, Stalking und anderen Übergriffen gibt. Die Opfer seien in den allermeisten Fällen Frauen, die oft Unterstützung bräuchten, um Straftaten überhaupt bei der Polizei anzuzeigen. Obwohl die meis-

## Freiheit für Julian Assange

Von Peter Weyers

Für das Handeln der Bundesregierung, insbesondere das der Außenministerin Baerbock, in Bezug auf den Umgang mit Julian Assange, muss man sich schämen.

Hat sie sich vor Ihrem Amtsantritt noch unmissverständlich für eine Freilas-



sung Assanges ausgesprochen, duckt sie sich jetzt weg und lässt Fragen auf Abgeordnetenwatch.de zu diesem Thema un-

beantwortet.

Am 16.06.2022 hat die britische Innenministerin Priti Patel der Auslieferung von Julian Assange, der seit Jahren im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh in Isolationshaft sitzt, an die USA zugestimmt.

Nach erfolgter Auslieferung drohen Julian Assange 175 Jahre Haft und damit ein Tod im Gefängnis, obwohl er keine Straftat begangen hat. Als Journalist hat er wie ein Journalist gehandelt. Er hat ein Kriegsverbrechen öffentlich gemacht.

Wenn er ein russisches Kriegsverbrechen veröffentlicht hätte, wäre er vermutlich schon lange Pulitzerpreisträger und wäre von unseren Politikern honoriert worden.

Aber er hat ein amerikanisches Kriegsverbrechen öffentlich gemacht. Deswe-

gen haben die USA eine weltweite Hetzjagd auf ihn eröffnet, in deren Verlauf er widerrechtlich einer Totalüberwachung und einer Verfolgung wegen konstruierter Vergewaltigungsvorwürfe ausgesetzt war.

Seine Haftbedingungen kann man nur als Folterhaft bezeichnen, weil er seit Jahren in Isolationshaft sitzt. Sein Gesundheitszustand ist seit langem lebensbedrohlich.

### Folterhaft in Großbritannien

Deswegen hat Martin Sonneborn Recht, wenn er sagt, der Rechtsstaat wurde nicht am Hindukusch verteidigt, aber er muss jetzt in Belmarsh verteidigt werden.

Die Entscheidung, Assange auszuliefern, ist nicht nur ein Angriff auf die Pressefreiheit, sondern auch ein Angriff auf rechtsstaatliche Prinzipien in

der westlichen Welt insgesamt.

Das können und wollen wir nicht hinnehmen und fordern deshalb unsere Bundesregierung auf, Julian Assange in der Bundesrepublik Deutschland Asyl anzubieten, denn das Verfahren gegen ihn ist ausschließlich politisch motiviert.



Freiheit für Julian Assange! Seine Auslieferung an die USA muss verhindert werden! **Sahra Wagenknecht**



# MUSIKFESTIVAL

## WIR FEIERN 10+1 JAHRE



DIE LINKE Schwerte war dabei

## Schwerte gegen Rechts feiert Geburtstag

Seit 11 Jahren gibt es in Schwerte das „Bündnis gegen Rechts“. In dieser Zeit wurden viele Aktionen und Veranstaltungen gegen die rechte Szene und die AFD durchgeführt. Das Bündnis engagiert sich auch an den Gedenkveranstaltungen zum 8. Mai (Antikriegstag) und zum 9. November (Gedenken an die Reichspogromnacht 1938). Das Bündnis unterstützt die Seebrücke - Sichere Häfen für Flüchtlinge und führte verschiedene Kulturveranstaltungen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit durch.

DIE LINKE in Schwerte war Gründungsmitglied des Bündnisses gegen Rechts und arbeitet in den ganzen Jahren aktiv im Bündnis mit.

### Bündnis gegen Rechts ist ein wichtiger Teil des bürgerschaftlichen Engagement in Schwerte

Das zeigte sich auch bei der Geburtstagsfeier, die in Form eines großen Festivals auf dem Gelände der Heidekneipe stattgefunden hat. Es haben ca. 800 Besucher an der Veranstaltung teilgenommen. Viele gesellschaftliche Gruppen aus Schwerte (z. B. Arbeitskreis Asyl, Am-

nesty International, Integrationsrat, Kunterbunt e.V., Frauen AG, Die Bündnisse gegen Rechts aus Werne und Kamen/Bergkamen) und viele andere haben am Festival teilgenommen. Neben der LINKEN haben auch die SPD und die Grünen Infostände aufgebaut.



### Bekannte Schwerter Musikgrößen im Programm

Den musikalischen Anfang machte ein Heimspiel der Gesangswerkstatt von Studio7, danach führte die Big Band der städtischen Musikschule und das Trommelensemble Ya Ya Nene durch den Nachmittag.

Auf der neuen Heide-Outdoor-Bühne ging es dann mit bekannten Schwerter Bands wie Sara's Wohnzimmer und Stefan Bauer vs. The Panic Postman weiter. Auch Theo Spanke und die OTC Band sind keine Unbekannten, viele freuten sich, die Schwerter Urgesteine mit Sängerin Heike Meering-Breuer endlich wieder live zu sehen.

### Punkrock und Metal

Mit Tricky Woo, den Grabowskis, Darness Surrounding und Confusing Paradise wurde der Abend laut: Im kleinen Saal gab es Schwerter Punkrock aus dem Rattenloch und Metal von Nachwuchsbands aus Dortmund und Wuppertal. Eine Besonderheit: Das Bandprojekt der Schwerter Jugendzentren „Laut im Keller“ feierte auf dem Festival seine Live-Premiere.



## sozialistisch - antifaschistisch



### DIE LINKE fordert

1. Zivilgesellschaft stärken! Die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Beratungen gegen Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse müssen stärker und langfristig finanziell unterstützt werden.
2. Endlich hinsehen! Es braucht Ermittlungsschwerpunkte für die Naziszene und einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung rechten Terrors. NSU-Akten und V-Leute müssen offen gelegt werden.
3. Entwaffnung der extremen Rechten! Reichsbürgern und Neonazis muss endlich die Waffenerlaubnis entzogen werden.
4. Den Rechten den Nährboden entziehen! Gegen die Spaltung der Gesellschaft braucht es eine soziale Politik und massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur - bezahlbarer Wohnraum, gute Arbeit und Bildung, gute Gesundheitsversorgung und einen ausgebauten kostenfreien Nahverkehr.
5. Sicherheitsbehörden demokratisieren! Es braucht eine Untersuchung extrem rechter Einstellungen bei Polizei und Bundeswehr und eine unabhängige

6. Opfer rechter Gewalt schützen! Wir wollen ein Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt, um rassistischer Vertreibung entgegenzutreten. Opferberatungen brauchen dauerhafte Förderung.
7. Kritische Bildung und Erinnerungskultur stärken! Wir setzen uns überall - auch in Schwerte - für eine antifaschistische Erinnerungskultur und kritische Bildung ein. Die deutschen Kolonialverbrechen müssen aufgearbeitet, der 8. Mai als Tag der Befreiung ein Feiertag werden.





# Bürgergeld ist keine substantielle Verbesserung gegenüber Hartz-IV

Von Peter Weyers

Mit Blick auf den Entwurf des „Bürgergeldes“ muss darauf hingewiesen werden, dass keine Steigerung der Regelbedarfe über den Inflationsausgleich hinaus angekündigt wurde: „Wenn das bisherige ALG-II nur mit dem Wohlgefühlbegriff Bürgergeld versehen wird, sich an ihm aber sonst nichts ändert, ist das semantische Kosmetik, aber keine substantielle Verbesserung“, sagt der bekannte Armutsforscher Christoph Butterwegge.

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sieht im Bürgergeld den großen Wurf, dem widerspricht Butterwegge entschieden. Gleichwohl erkennt auch der Armutsforscher geringfügige Verbesserungen durch das neue Programm an. Besonders in der Aufhebung des Vermittlungsvorrangs sieht er einen Fortschritt. Dieser bedeutet, dass eine Weiterbildung immer der Annahme eines neuen Jobs untergeordnet wird. Für ein positives Urteil Butterwegges zum Bürgergeld reicht das dennoch keineswegs.

Armutsforscher Butterwegge: „Empörend ist die Tatsache, dass sowohl die Grünen als auch die SPD so tun, als lande Hartz-IV mit dem Bürgergeld der Ampelkoalition auf dem Müllhaufen der Geschichte. Das ist überhaupt nicht der Fall.“

Aus einer Lohnersatzleistung, die 53 bis 57 Prozent des letzten Nettolohns der Betroffenen ausmachte, wurde die Fürsorgeleistung Hartz IV, die der Ausbeutung von Arbeitnehmer:innen Tür und Tor

geöffnet und für einen gigantischen Niedriglohnsektor in Deutschland gesorgt hat.

Das war ein historischer Bruch mit der bisherigen Sozialpolitik, der auch durch das Bürgergeld nicht rückgängig gemacht wird.

Tatsächlich bleibt das ALG-II auch unter der Ampel-Koalition weitestgehend bestehen. Noch nicht einmal die Regelsätze sollen signifikant erhöht werden.

Butterwegge hält deren Pläne deshalb für Schönfärberei und befindet, dass „SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Umetikettierung zum Bürgergeld den Eindruck zu erwecken suchen, als wäre die von ihnen geschaffene und als Hartz IV bezeichnete Arbeitsmarktreform jetzt

passé.“ Zu befürchten ist dagegen, dass von der schon jetzt wenig überzeugenden Plänen von Hubertus Heil nach dem Einspruch der Lindner-FDP, den sie schon formuliert hat, wenig bis gar nicht überbleiben wird.

Die Linke fordert eine deutliche Erhöhung der Regelsätze um 200 Euro, weil schon vor der Inflation der letzten Monate der Hartz-4 Regelsatz deutlich zu niedrig war und ein menschenwürdiges Leben nicht ermöglicht hat. Außerdem dürfen diese Erhöhungen nicht erst Anfang 2023 kommen, weil die Not der Betroffenen Hartz4- Empfänger und aufstockenden Rentner schon jetzt groß ist.



## Bürgergeld: Paritätischer bewertet Vorschläge als inkonsequent

Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert von der Ampel-Koalition ein klares Bekenntnis zu einer arbeitspolitisch wirksamen Reform, die durch ausreichend finanzielle Mittel unterlegt sein müsse. Mit der Höhe der Regelsätze klammere das vorgelegte Papier ausgerechnet den zentralen Punkt aus, an dem sich letztlich die gesamte Reform messen lassen muss. Enttäuschend sei zudem, dass die Ampel offenbar weiterhin an Sanktionen festhalten wolle.

Die Höhe der Leistungen bleibt das Papier noch schuldig, die Vorschläge zu künftigen Sanktionen bedeuteten faktisch einen Rückschritt im Vergleich zum aktuellen Status Quo (derzeit gilt ein Sanktionsmoratorium), kritisiert der Paritätische. „Die vielen kleinen Schritte, die in eine richtige Richtung weisen, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass an Sanktionen weiter festgehalten werden soll und zur Höhe der Leistungen nach wie vor keine verbindliche Aussage und offenbar auch keine Einigung in der Bundesregierung existiert“, so Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

„Wir fordern außerdem einen fair berechneten Regelsatz von mindestens 687 Euro, plus Strom und Haushaltsgeräte. Mit weniger geben wir als Linke uns nicht zufrieden.“

Amira Mohamed Ali, Fraktionsvorsitzende DER LINKEN im Bundestag



Linksjugend zum Bundesparteitag der LINKEN:

## DIE LINKE in der Krise: Wie Weiter?

von der Linksjugend [solid] Hamm

Nach den Wahldebakeln der LINKEN wäre es wichtig gewesen, sich auf dem vergangenen Bundesparteitag neu zu orientieren und über einige grundlegende Differenzen in der Partei zu sprechen. Leider blieb das weitgehend aus. Die Botschaft, die vom Bundesparteitag ausgeht lautet - „Weiter so!“

### Ukraine-Krieg

Glücklicherweise kam es zwar bisher nicht zu einer Aufweichung der antimilitaristischen Positionen der LINKEN. In vielen Redebeiträgen wurde aber deutlich, wie große Teile der Partei sich mittlerweile zur Friedensfrage positionieren. Viele Beiträge forderten Waffenlieferungen oder Sanktionen und eine russische Gastrednerin schaffte es sogar, Russland

mit dem Hitler-Faschismus zu vergleichen - weitestgehend un widersprochen. Den russischen Angriff zu verurteilen war aber Konsens auf dem Parteitag.

In verschiedenen Ersetzungsanträgen des linken Parteiflügels wurde versucht, eine sozialistische Analyse der Kriegursachen und sozialistische Lösungen zu beschließen. Dazu gehören eine Kritik an der NATO, die Opposition zu Waffenlieferungen und zu Sanktionen, die nur die russische Bevölkerung treffen. Damit würde man auch der russischen Friedensbewegung schaden, die eine zentrale Rolle zur Beendigung des Kriegs spielen kann.

### Regierungsbeteiligung

Andere strittige Punkte wurden kaum angesprochen. Ein Hauptfaktor für die Krise der Partei ist, dass sie nicht als Opposition zum herrschenden System angesehen wird. Da sich die Linke an Landesregierungen beteiligt und dort die unsoziale Politik von SPD und Grünen mitträgt, ist das wenig überraschend. Auch der Bundes- und Landtagswahlkampf in NRW wurden zu einem Rot-Rot-Grün-Wahlkampf. Natürlich wählen Viele dann lieber das Original, gar nicht oder im schlimmsten Fall AfD, die zwar nicht die Interessen

der Arbeiter:innen und Armen vertritt, aber sich als radikale Opposition zu den etablierten Parteien darstellt.

### Perspektiven

Wenn die LINKE nicht in der Bedeutungslosigkeit verschwinden will, muss sie sich deutlicher als linke Opposition hervorheben. Das beinhaltet, aus den Landesregierungen auszutreten und soziale Antworten auf die multiple Krise zu finden, in der wir uns befinden.

Alle Nicht-Mitglieder sind dazu aufgerufen, gerade jetzt in der LINKEN aktiv zu werden und dort, an unserer Seite, für einen Kurswechsel zu kämpfen, denn es steht fest, dass das Wegbrechen einer linken Opposition in den Parlamenten, eine massive Verschlechterung für die Lebensbedingungen der breiten Masse darstellen würde.



Diese Stellungnahme der Linksjugend entspricht nicht unbedingt der Meinung der Redaktion dieser Zeitung.





**9 Euro Ticket  
weiterfahren**  
Entlastung, Mobilität  
und Klimaschutz



**9-Euro-Ticket dauerhaft bundesweit behalten.**



**Massive Investitionen in Bus und Bahn, in mehr Personal zu guten Bedingungen.**



**Haushaltsmittel umschichten: Mobilität für alle finanzieren statt Autoverkehr fördern.**



**Jetzt online unterschreiben  
auf [www.9-euro-weiterfahren.de](http://www.9-euro-weiterfahren.de)**



**9 Euro Ticket  
weiterfahren!**

## 9 gute Gründe für ein 9-Euro-Ticket

- **Gesellschaftlicher Zuspruch:** Über 30 Millionen Menschen fahren diesen Sommer mit dem 9-Euro-Ticket im Land.
- **Weniger Autos, weniger Staus:** Das 9-Euro-Ticket reduziert den Autoverkehr und die Staus in 23 von 26 untersuchten Städten. Auch für Berufspendelnde macht das Ticket die Mobilität preiswerter und einfacher.
- **Finanzielle Entlastung:** Das 9-Euro-Ticket ist ein Beitrag zur Entlastung von hohen Preisen und galoppierender Inflation. Es ermöglicht vielen Menschen eine Fahrt, die sich das sonst nicht leisten könnten.
- **Einfach einfach:** ein Preis und ein Ticket für das ganze Land. Es macht Schluss mit der Kleinstaaterei der 60 Verkehrsverbände, mit Tarifzonen und verzweifelter Suche an Ticketautomaten.
- **Dauerhaft entspannt:** Das 9-Euro-Ticket verursacht keine zusätzlichen umweltschädlichen Autoverkehre. Bei einem Dauer-Ticket würden sich solche Freizeit-Verkehre auch sehr entzerren.
- **Notwendigkeit signalisieren:** Der ländliche Raum braucht reaktivierte Bahnstrecken, mehr Busse und häufigere Takte – aber keine teuren Tickets für nichts.
- **Anreiz zur Verbesserung:** Das 9-Euro-Ticket erhöht den gesellschaftlichen Druck auf den Ausbau des Angebots und verbesserte Arbeitsbedingungen.
- **Mehr Arbeitsplätze:** Das 9-Euro-Ticket kann zum Arbeitsbeschaffungsprogramm in Industrie und im Dienstleistungssektor werden.
- **Gut Finanzierbar:** Ohne neue Schulden, nur durch Umschichtung der Mittel weg vom Autoverkehr: 8,5 Mrd. Diesel-Subvention, 5,1 Mrd. Dienstwagen-Subvention, 13 Mrd. Neu- und Ausbau Bundesfernstraßen

DIE LINKE Kreis Unna

## Unterschriftensammlung im Kreis Unna

Das 9€-Ticket war ein großer Erfolg. Millionen Menschen sind auf den Öffentlichen Personen-Nahverkehr umgestiegen und haben Fahrten ohne den privaten PKW unternommen.

Die VKU (Verkehrsgesellschaft im Kreis Unna) hat insgesamt 64.232 9€-Tickets verkauft. Es wird von der VKU als großer Erfolg angesehen.

Die Regierung hat das Ticket aber auf 3 Monate (Juni bis August 2022) begrenzt. Bisher gibt es weder eine Verlängerung noch eine Nachfolgeregelung.

Die Initiative „9 Euro Ticket weiterfahren“ sammelt Unterschriften für die Verlängerung der 9 Euro Tickets.

DIE LINKE unterstützt diese Aktion und hat am 25. August in Schwerte, Lünen und Kamen Unterschriften gesammelt.

DIE LINKE will Bus und Bahn schrittweise kostenfrei machen. Dafür soll das 9-Euro-Ticket bis Jahresende verlängert werden, um ein Tarif-Chaos zu verhindern. Ab Januar 2023 fordern wir einen einheitlichen Tarif in ganz Deutschland von nicht mehr als 1 Euro pro Tag. Das Angebot gilt für Tages-, Monats- und Jahreskarte. Schüler:innen-, Azubi- und Sozialtickets fahren kostenfrei. **Langfristig machen wir den ÖPNV bundesweit**



Bahnhof Kamen



Bahnhof Schwerte

**und für alle kostenfrei.**

Der Bund muss ein Programm auflegen, um mehr Busse und Bahnen auf die Strecken zu bringen. Das Schienennetz muss erweitert werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum, auch durch Rufbusse und Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen!

Veraltete Stadtentwicklungssatzung in Unna

## Solaranlagen passen nicht in das Stadtbild?

Eine steile These die – nicht nur aus Sicht des Klimaschutzes und der Energiewende – sicherlich nicht von jedem und jeder geteilt wird, aber so schreibt es die Satzung der Stadtentwicklung vor. Wir LINKE. haben schon vor vielen Jahren im Rat der Stadt Unna die Ausweitung der Solaranlagen im Unnaer Stadtgebiet gefordert. Abgelehnt wurde dies zu seiner Zeit jedoch mit der Begründung, dass die Stadt dann aus der Luftbildperspektive kein attraktives Bild mehr hergibt.

In Zeiten steigender Energiepreise und Nebenkosten, nicht nur für die vielen Mieter:innen, sowie dem Lösen aus der russischen Abhängigkeit im Energiesektor, ist doch die Frage, ob man sich eine solche Haltung auch weiterhin noch leisten kann. Wir brauchen dringend sofortige Maßnahmen, um die Stadt aus Energieengpässen zu führen, wir brauchen dringend die Energien aus Solaranlagen (am besten an jedem Haus).

Eine (Ver-) Änderung der mittlerweile 20 Jahre alten Satzung wäre hierfür erforderlich, die im Unnaer Rathaus auch unter schwarz-grüner Führung weiterhin nicht gesehen wird. So könnte man auch der Verödung der Innenstadt entgegenwirken, wird die neue Fußgängerzone

doch nicht unter klimaneutralen Aspekten saniert, sondern unter kommerziellen Gesichtspunkten. Der Aufschrei der Grünen, die in Unna mit der CDU verheiratet sind, bleibt auch hier aus. Völlig daneben wie wir finden.

Eine klimafreundliche Gestaltung der (Innen-) Stadt könnte nicht nur der Verödung entgegenwirken, sondern auch verhindern, dass diese kein Backofen wird und Oasen für extreme Hitzeperioden bietet, damit den Geschäften auch in



Zukunft eine Kundschaft sicher ist. Hierfür fordern wir, dass u.a. der Parkplatz „Schulstraße“ in der Innenstadt zu einem Park umgewandelt wird. Der Luxus eines mittelalterlichen Stadtbildes ohne Klimaaspekte darf und kann man sich nicht mehr leisten (dürfen).

Steigende Gas-, Strom- und Kraftstoffpreise

# Bürger entlasten - Konzerne besteuern

Von Karl-Heinz Schimpf

Pandemiezeiten und der Krieg in der Ukraine werden von den großen Konzernen ausgenutzt, um Zusatzprofite zu erzielen.

Die Gaspreise steigen ins Unermessliche. Hier in Schwerte haben die Stadtwerke den Gaspreis um 60% erhöht. Ab Oktober hat die Bundesregierung eine „Gasumlage“ eingeführt, die zu Mehrbelastungen „von einigen hundert Euro pro Haushalt“ führen wird, sagte der grüne Minister Habeck.

## Rekordgewinne der Energiekonzerne

Gleichzeitig streichen die Energiekonzerne Rekordgewinne ein. Allein der Mehrgewinn von EON und RWE beträgt rund fünf Milliarden Euro.

Das gleiche Spiel wird mit den Kraftstoffen getrieben. Viele Menschen verdienen wenig und müssen zur Arbeit pendeln. Sie bezahlen deutlich mehr für Benzin und Diesel. Die Ölkonzerne machen erhebliche Zusatzprofite.

Auch die großen Handelskonzerne lassen sich die Gelegenheit für nicht gerechtfertigte Preiserhöhungen nicht entgehen. Haben Sie schon in der Pandemiezeit deutliche Übergewinne eingefahren, drehen sie nun kräftig an der Preisschraube.

*Die Großvermögen in Deutschland in den vergangenen zwölf Monaten trotz der Coronakrise so stark gestiegen wie noch nie seit 2001, als die Rangliste erstmals erstellt worden war. Seit 2020 legten die Buchvermögen der Top 100 insgesamt um 116 Milliarden Euro auf 722 Milliarden Euro zu (Spiegel, 30.9.21).*

Die Vermögen werden in Deutschland (im Unterschied zu vielen Nachbarländern) überhaupt nicht besteuert. Daher steigen insbesondere die Vermögen der Eigentümer der Großkonzerne erheblich an.

Ein weiteres Eldorado entsteht gerade für die Rüstungskonzerne. Mit dem 100-Milliarden-Programm für die Aufrüstung versprechen sich die Hersteller von Waffen und Ausrüstung riesige Extraprofite.

Der der Aktienkurs des deutschen Panzerherstellers Rheinmetall stieg seit Februar 2022 um 93 Prozent. „Analysten trauen Rheinmetall dieses Jahr einen Umsatz 6,6 Milliarden Euro zu. Bis 2024 soll er auf 8,7 Milliarden Euro wachsen, der Reingewinn sich mehr als verdoppeln (Focus 2.4.22).“

## Wer zahlt die Zeche?

Gewinner sind die Großkonzerne und deren Eigentümer. Bezahlt wird die Rechnung von der überwiegenden Zahl der Bürger in Deutschland. Mit der Inflation verlieren alle Menschen, welche die überhöhten Preise bezahlen müssen. Das sind die Armen, die Niedriglöhner, die Menschen mit niedrigen Renten, die Alleinerziehenden. Aber auch die Facharbeiter, die Angestellten und Beamten werden an Kaufkraft verlieren.

Die Regierung hat verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Situation der Bürger zu erleichtern. Die Linken-Abgeordnete Gesine Lötsch meint dazu: „Die bisherigen Entlastungspakete können nicht verhindern, dass arme Menschen noch ärmer werden. Wir brauchen einen wirksamen Preisdeckel für Mieten, Ener-



gie und Grundnahrungsmittel. Die Einnahmen aus einer Übergewinnsteuer für Krisengewinnler könnten wir für die Finanzierung des Preisdeckels nutzen.“

## Extraprofite mit einer Übergewinnsteuer abschöpfen

Seit Jahren werden die großen Vermögen und die Konzernprofite steuerlich geschont. In dieser besonderen Situation sind allerdings verschiedene andere kapitalistische Staaten dazu übergegangen, die Extraprofite durch eine Übergewinnsteuer abzuschöpfen. Der Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Dietmar Bartsch, meint dazu: „Selbst Boris Johnson – gerade nicht so fest im Sattel – kriegt das in Großbritannien hin. In Grie-

chenland kriegt eine konservative Regierung eine Übergewinnsteuer hin. In Italien kriegen sie das hin. Andere Länder handeln, und die Ampel schaut zu.“

## Forderungen der Linken

1. Eine gezielte Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren Einkommen.
2. Eine staatliche Energiepreiskontrolle und Regulierung der Energiepreise.
3. Die Einführung einer Übergewinnsteuer, die die übermäßigen Gewinne der Energiekonzerne abschöpft.
4. Die Einführung eines kostenfreien bzw. -günstigem Energiegrundkontingents und Verteuerung des darüber hinausgehenden Verbrauchs.

## ÖPNV und 9-Euro-Ticket

# Verkehrswende dringend erforderlich

Im Zuge eines Entlastungspaketes hat die Bundesregierung für 3 Monate ein „9-Euro-Ticket“ finanziert. Damit konnte der Nah- und Regionalverkehr in ganz Deutschland für nur 9 Euro im Monat benutzt werden.

Das 9-Euro-Ticket übertrifft alle Erwartungen: Über 30 Millionen Tickets wurden alleine im ersten Monat genutzt. Viele

Personen bevorzugen Bus und Bahn und lassen das Auto stehen, wenn das Monatsticket bezahlbar und einfach zu buchen ist. Das hilft dem Klima und entlastet etliche Menschen, besonders aus einkommensschwachen Haushalten, ganz konkret.

Finanzminister Lindner will das 9-Euro-Ticket ohne Nachfolgeregelung auslau-

fen lassen. Seit Jahrzehnten gilt die Politik des Vorrangs für den privaten PKW-Verkehr, obwohl aus Klimaschutzgründen längst umgesteuert werden muss.

## Maßnahmen zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs

Damit mehr Menschen auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen, sind verschiedene Maßnahmen erforderlich:

- Der ÖPNV muss bezahlbar werden. Das 9-Euro-Ticket hat gezeigt, dass Mobilität zu bezahlbaren Preisen die Nachfrage erheblich steigern kann.
- DIE LINKE fordert seit Jahren einen einheitlichen Tarif in ganz Deutschland von **nicht mehr als 1 Euro pro Tag**. Das Angebot gilt für Tages-, Monats- und Jahreskarte. Schüler:innen-, Azu-

bi- und Sozialtickets fahren kostenfrei. **Langfristig machen wir den ÖPNV bundesweit und für alle kostenfrei.**

Der Erfolg des 9-Euro-Ticket zeigt, dass der ÖPNV erheblich ausgebaut werden muss. Das Streckennetz muss dichter werden, die Taktung ist – insbesondere im ländlichen Raum ungenügend. Hier sind ausreichende Mittel von Bund und Ländern zur Verfügung zu stellen, damit die Verkehrswende gelingt.

## Mehr Arbeitsplätze

Schon jetzt sind die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten belastend und stressig. Wenn die Fahrgastzahlen steigen – und das sollen sie! – müssen auch mehr Jobs geschaffen werden. Weniger bei Ticket-Verkauf und -Kontrolle, mehr beim Service, in den Stellwerken, hinterm Steuer und in der Schienen-Industrie.

**Unterschriftensammlung**  
<https://aktion.campact.de/klima/9-euro-ticket/teilnehmen>





Zur Geschichte der Arbeiterbewegung

# 1914, SPD, Kriegskredite, Aufrüstung und Militarisierung heute

Von Karl-Heinz Schimpf

Bundeskanzler Scholz hat die „Zeitenwende“ ausgerufen. Im Klartext bedeutet diese neue Politik, dass die größte Aufrüstungsinitiative in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht wird.

Auch heute hat sich eine große nationalistische und militaristische Welle unter tatkräftiger Unterstützung der gesamten Medienwelt in Deutschland herausgebildet. Ausgelöst wurde diese Welle durch **den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.**

Als Reaktion auf diesen Krieg haben die Sozialdemokraten angefangen, ihre jahrelang vertretenen friedenspolitischen Grundsätze aufzugeben. Bisher war die **Entspannungspolitik** ein wesentliches Merkmal sozialdemokratischer Außenpolitik. Die SPD stand für die Förderung **nicht-militärischer Konfliktlösungen.** Ebenso sprach man sich für ein striktes **Verbot von Waffenexporten** in Krisengebiete aus.

Diese friedenspolitische Politiklinie war auch in der SPD nie unumstritten. Es gab immer schon Ausschläge in die andere Richtung. Die SPD hat allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr zugestimmt (mit Ausnahme des IRAK-Krieges). Die SPD hat auch zusammen mit den Grünen den Einsatz deutscher Soldaten im Jugoslawienkrieg zu verantworten.

Diese friedenspolitische Politiklinie war auch in der SPD nie unumstritten. Es gab immer schon Ausschläge in die andere Richtung. Die SPD hat allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr zugestimmt (mit Ausnahme des IRAK-Krieges). Die SPD hat auch zusammen mit den Grünen den Einsatz deutscher Soldaten im Jugoslawienkrieg zu verantworten.

## Aufrüstung dient nicht der Landesverteidigung

In den letzten Jahren wurde für die Bundeswehr schon immer mehr Geld zur Verfügung gestellt. Warum reichen den Militärs die 50 Milliarden im Jahr nicht?

Nach dem Grundgesetz „stellt der Bund Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Dieser Auftrag zur Landesverteidigung wurde in den letzten Jahren immer weiter umdefiniert. Die Bundeswehr agiert in allen teilen der Welt, wenn die USA und die NATO das wollen.

Diese weltweite Interventionsarmee ist teuer. **Eine Konzentration auf die Landes- und Bündnisverteidigung in Europa würde dazu führen, dass der bisherige Bundeswehretat ausreicht.**

## Geld sinnvoll ausgeben

Deutschland hat erhebliche Defizite, die mit der Ausgabenpolitik unserer Regierung zusammenhängen.

Wo wird das Geld gebraucht, das jetzt

für Aufrüstung ausgegeben wird?

- Das Bildungssystem ist unterfinanziert. Die Schulen sind häufig in einem erbärmlichen Zustand. Der Lehrermangel ist eklatant. Das gleiche gilt auch für die Hochschulen.
- Der öffentliche Verkehr ist unterfinanziert. Die Sparpolitik hat die Bahn marode werden lassen. Bahnstrecken wurden stillgelegt. Der ÖPNV ist zu teuer. Die Verbindungen im ländlichen Raum sind ungenügend. Öffentliche Gelder wurden nur für den privaten Pkw- und Lkw-Verkehr ausgegeben.
- Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen leiden an Personalmangel und modernen Einrichtungen. Dennoch werden Krankenhausschließungen durchgezogen.

## Die Linke ist konsequent gegen Aufrüstung

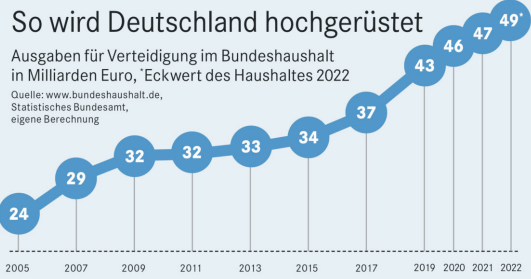
Die Regierungsparteien und die CDU/CSU haben ins Grundgesetz geschrieben, dass die Bundeswehr mit einem Sondervermögen von 100 Mrd. Euro aufrüstet wird. Außerdem wurde das 2%-Ziel gesetzlich verankert.

DIE LINKE. hat gegen diese Beschlüsse gestimmt. In einem Resolutionsentwurf hat die Fraktion gefordert, die für das Sondervermögen vorgesehenen Mittel in Höhe von 100 Milliarden Euro für sozialpolitische, infrastrukturpolitische und klimapolitische Maßnahmen und Investitionen zur Verfügung zu stellen und für diese Zwecke zu binden. Die Resolution wurde abgelehnt - Aufrüstung ist in diesen Zeiten wichtiger als Sozialpolitik.

Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), 2020	Militärausgaben	
	in % vom BIP	in Mio. USD
NATO	1.79	1 102 571.2
Vereinigte Staaten	3.70	778 232.2
Europäische NATO-Staaten	1.72	301 584.1
China	1.70	252 304.2
Deutschland (2%)	2.00	75 378.2
Russland	4.30	61 712.5
Deutschland (real)	1.40	52 764.8
Ukraine	4.10	5 924.2

Die gesamte NATO gab 2020 in absoluten Zahlen das 17-fache für ihr Militär aus wie Russland und immerhin das 4,3-fache wie China. Selbst die europäischen NATO-Länder alleingegenommen, also ohne USA und Kanada, gaben 2020 beinahe fünfmal so viel fürs Militär aus wie Russland.

Zwar gab Russland mit 4,3 Prozent seines BIP den größten Anteil für sein Militär aus, rangiert aber in Bezug auf die absoluten Ausgaben deutlich hinter den Vereinigten Staaten, China oder den europäischen NATO-Ländern (ohne USA und Kanada). Hätte Deutschland 2020 zwei Prozent seines BIP investiert, so hätte es in Bezug auf die absoluten Ausgaben ebenso vor Russland rangiert.



100 Milliarden Euro werden für Rüstungsgüter in einem „Sondervermögen“ ausgegeben. Sondervermögen ist nur ein anderes Wort für Sonderschulden, die nicht im Haushalt auftauchen, aber natürlich zurückgezahlt werden müssen.

Jedes Jahr sollen darüber hinaus 2% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Rüstung ausgegeben werden. Deutschland hatte 2021 ein BIP 3.570,62 Milliarden EUR, was zu einem Militärhaushalt von 71,4 Mrd. EUR führen würde.

## Die SPD und der Militarismus

In der Geschichte der SPD gibt es eine Traditionslinie der Friedenspolitik. Der Stuttgarter Kongress der ersten Internationale fasste 1907 eine Resolution, in welcher der Krieg verurteilt wird und sich die sozialdemokratischen Parteien gegen jede Aufrüstung in den kapitalistischen Staaten wenden.

Die Ablehnung der Aufrüstung wurde zum Markenkern sozialdemokratischer Politik im deutschen Reich.

Zum ersten mal wurde diese Politik beim Beginn des ersten Weltkrieges durchbrochen. Die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion stimmte für die Kriegskredite.

## Gründe für die Zustimmung zu den Kriegskrediten

Zum Kriegsbeginn wurde in Deutschland eine große nationalistische Welle zur Kriegsunterstützung ausgelöst. Auch viele sozialdemokratische Funktionsträger wurden von dieser Kriegsbegeisterung erfasst.

Der SPD-Führung wurden kleinere Verbesserungen der Position der Partei und der Gewerkschaften versprochen. Die Parteiführung hat die antimilitaristische Position „für ein Linsengericht verkauft.“

## Heißer Herbst gegen unsoziale Politik

Von Sahra Wagenknecht

Die Gaspreise in Europa explodieren weiter. Wer in einem schlecht gedämmten Einfamilienhaus wohnt, auf den kommen nach einer aktuellen Studie Gaskosten von bis zu 12.000 Euro im Jahr zu, auch Mieterinnen und Mieter müssen mit horrenden Mehrkosten rechnen.

Die Ampel und vor allem die GRÜNEN scheitern all das nicht zu jucken. „Ich habe ein Elektroauto, ich habe eine riesige Photovoltaikanlage auf dem Dach“, brüstet sich der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, außerdem hat sich Herr Kretschmann jetzt noch eine Pelletheizung bestellt. Schön für ihn - aber was machen all jene, die



nicht wie er über ein fünfstelliges Monatseinkommen verfügen, sondern inzwischen jeden Cent umdrehen müssen, da die Preise für Energie und Lebensmittel durch die Decke gehen?

Wie abgehoben ist diese grüne Schickeria, die den Leuten per Gasumlage noch tiefer in die Taschen greifen will und dazu auch noch peinliche Hygienetipps zum Besten gibt?

Man müsse ja nicht dauernd duschen, denn „auch der Waschlappen ist eine brauchbare Erfindung“, meint Kretschmann. Als ob es etwas helfen würde, wenn man wie Wirtschaftsminister Robert Habeck kürzer duscht, „morgens nur Katzenwäsche“ macht wie die grüne Senatorin und Bürgermeistern aus Berlin, Bettina Jarasch, oder eben zum Waschlappen greift wie ein Herr Kretschmann.

Der Energienotstand, den uns die Ampel mit ihrem selbstzerstörerischen Wirtschaftskrieg beschert hat, lässt sich so nicht bekämpfen. Aber daran scheitern diese Selbstgerechten, die mit teuren Elektroautos durch die Gegend fahren, die Luft in Städten mit ihren Pelletöfen verpesten und nach schweren Waffen für die Ukraine rufen, auf dass der schreckliche Krieg nie ein Ende findet, auch nicht das geringste Interesse zu haben.

**Da hilft nur eins: All jene, die unter den explodierenden Preisen leiden, müssen auf die Straße gehen und für echte Entlastung, eine Abschaffung der unsozialen Gasumlage sowie eine Aufhebung der unsinnigen Energie-sanktionen demonstrieren!**

# Mindestlohn 12 Euro – Auswirkungen auf die Rente

Von Peter Weyers

Wer wollte widersprechen: Ohne die Partei „Die Linke“ gäbe es heute noch keinen Mindestlohn. Zwar hat die SPD ihn eingeführt, aber von alleine wäre die Partei, die Hartz 4 eingeführt hat und noch lange danach diese Einführung verteidigt hat, nicht auf die Idee gekommen. Andere Parteien ganz sicher erst recht nicht. Nur die nie nachlassenden Interventionen der Linkspartei haben dafür gesorgt, dass 2015 ein flächendeckender Mindestlohn eingeführt wurde.

Arbeitgeberverbände, die CDU/CSU und insbesondere die FDP sowie die neoliberale Kampfpresse vom Springer-Verlag machten damals auf breiter Linie Front gegen den Mindestlohn von 8,50 Euro indem sie behaupteten, dass würde jede Menge Arbeitsplätze kosten.

Das war nicht der Fall. Die Beschäftigten konnten aber nicht mehr so skrupellos ausgebeutet werden und die Unternehmen konnten Ihren Gewinn nicht mehr in so starkem Maße vom Steuerzahler subventionieren lassen. Denn nichts anderes stellte das Aufstocken auf Hartz 4-Niveau dar. Der Staat hat Teile des Lohnes anstelle des Arbeitgebers bezahlt und der hat sich die Taschen vollgemacht.

Jetzt wird der Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Die, die schon 2015 bei der Einführung des Mindestlohns dagegen Front gemacht haben und Ängste geschürt haben, dass würde jede Menge Arbeitsplätze kosten, holen heute das gleiche Argument aus der Mottenkiste.

12 Euro Mindestlohn sind gegenüber 10,45 Euro natürlich ein Fortschritt. Bei einer Vollzeitstelle verdient man jetzt 2.040 Euro, 263 Euro mehr als vorher. Im Zuge der hierzulande grassierenden Inflation und der rapide steigenden Energiekosten muss aber trotzdem jeder Cent zwei Mal umgedreht werden.

Was bedeutet ein Mindestlohn von 12 Euro aber für die finanzielle Situation als Rentner? Hier sind folgende Eckdaten zu berücksichtigen:

Wenn man im Jahre 2022 ein Jahreseinkommen von 38.901 Euro hat, ist man der sogenannte Eckrentner und bekommt genau einen (1) Rentenpunkt. Das entspricht einem Monatsverdienst von 3.241,75 Euro.

Ein Rentenpunkt ist 2022 in den alten Bundesländern genau 36,02 Euro wert.

Wenn also ein Eckrentner 40 Jahren lang immer genau einen Rentenpunkt pro Jahr erhalten hat, bekommt er im Jahre 2022 eine Bruttorente von 1.440,80 Euro, die er teilweise versteuern und von der er Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zahlen muss.

Arbeitet jemand für 12 Euro Mindestlohn hat er ein Jahreseinkommen von 24.480 Euro. Das entspricht 62,93% des Einkommens eines Eckrentners. Also bekommt er auch nur 0,6293 Rentenpunkte pro Jahr. Damit hat man nach 40 Jahren eine Bruttorente von 906,70 Euro er-

wirtschaftet.

Sieht so der Respekt aus, mit dem die SPD in den Wahlkampf gezogen ist? Wir glauben das nicht! Wir brauchen eine auskömmliche Mindestrente für alle, weil jeder, der dauerhaft weniger als der Eckrentner verdient oder eine nicht durchgängige Erwerbsbiografie hat, durch das bestehende System in die Altersarmut geschickt wird.

Es gibt durchaus Alternativen zum Rentensystem in Deutschland. In den Niederlanden gibt es eine Mindestrente von 1.218 Euro, an deren Finanzierung die Arbeitgeber nicht beteiligt sind. In Österreich liegt die durchschnittliche Rente um 800 Euro höher als in Deutschland, weil dort auch Selbständige und Beamte einzahlen und der Rentenversicherungsbeitrag mit 22,3 % höher liegt als bei uns, wo er bei 18,6% liegt. Allerdings zahlt in Österreich der Arbeitgeber mit 12,55 % mehr als der Arbeitnehmer mit 10,25%.

Nach einem Arbeitsleben mit ei-

ner Vollzeitstelle erhalten Rentner in Deutschland laut OECD „vergleichsweise niedrige Renten“. Nach derzeitiger Gesetzeslage könne ein Arbeitnehmer, der 2018 in den Arbeitsmarkt eintrat, mit einer Nettoersatzquote von 52 Prozent rechnen, verglichen mit 59 Prozent im OECD-Durchschnitt.

Das bedeutet, dass Rentner in anderen Ländern mit deutlich mehr Respekt behandelt werden, als in Deutschland.

Den Gipfel der Dreistigkeit der Arbeitgeber und der lobbyhörigen Politikerzunft stellt die immer wieder gestellte Forderung nach Verlängerung der Lebens-

arbeitszeit dar, die zudem auch noch alternativlos sei. Das ist eine glatte Lüge!

Schon das Renteneintrittsalter mit 67 stellt nichts anders dar als eine Rentenkürzung, weil jeder, der früher in Rente gehen möchte, mit Abschlügen leben muss, obwohl er die entsprechenden Beiträge bezahlt hat.

**Gerecht:  
Rente hoch,  
Rentenalter  
runter.**

**Jetzt!**

**DIE LINKE.**



## Hohe Energiepreise und Stromsperren

# LINKE / GAL bemängelt unzureichende Antworten der Stadt

Von Klaus Dieter Grosch  
(Fraktionsvorsitzender)

Wenig Interesse zeigten die Verwaltung (und wohl auch die anderen Fraktionen) an einer Anfrage die Fraktion DIE LINKE / GAL im Sozialausschuss der Stadt Kamen.

Für die Fraktion hatte Klaus Dieter Grosch im Vorfeld der letzten Sitzung Fragen zur Energiearmut in Kamen gestellt. Aufgrund der in den letzten Wochen und Monaten steigenden Energiepreise stellte er die Frage: „Wie sollen diese Menschen die zukünftigen Nachzahlungen bewältigen können?“

Liest man das jetzt im Ratsinformationssystem veröffentlichte Protokoll, so wird deutlich, dass die Fragen der Fraktion DIE LINKE / GAL eigentlich nicht be-

antwortet wurden.

Aussagen zu den Fragen, welche der Erkenntnisse der Verwaltung zu den Problemen von Menschen mit geringen Einkommen bei der Bezahlung der Energiekosten vorlägen und wie diese mit diesen Problemen umgehe, findet man vergebens.

Die in der Sitzung getätigten ausweichende Äußerungen von Sozialamtsleiter Andreas Eichler und eine Beschreibung von Christiane Klancke (SPD und selbst Mitarbeiterin der ARGE), wie die verschiedenen Behörden damit umgingen, finden im Protokoll keine Erwähnung.

Völlig verwirrend wird es bei der Antwort auf die Frage nach der Anzahl der Strom- und Gassperren. Zunächst meinte Eichler, „dass es, wenn es hochkom-

**DIE LINKE.** **Fraktion im Rat der Stadt Kamen**

me, ein bis zwei Personen gebe, die in Schwierigkeiten kommen“.

Auf erneute Nachfrage von Klaus Dieter Grosch sprach Dezernentin Hanna Schulze von insgesamt 75 Stromsperren der GSW im letzten Monat für Kamen, Bergkamen und Bönen. Ob es sich dann um 12 mal 75, also 900 Sperren im vergangenen Jahr handelte, wurde nicht gesagt.

Im Protokoll liest man jetzt: „Die Gesamtzahl der vorgenommenen Anschlussperren belaufe sich auf weniger als 1 % der vorhandenen Anschlüsse.“

Weitergehende Maßnahmen hält Hanna Schulze angesichts der Zahlen für nicht nötig. Während sie schon in der Sitzung von einem „verschwindend geringem Anteil“ sprach, ist die Fraktion DIE LINKE / GAL der Meinung, dass gerade diesen Menschen geholfen werden muss.

Außerdem sind aufgrund der zurzeit explosionsartig steigenden Energiepreise, gepaart mit steigenden Preisen aufgrund der Inflationsrate, in Zukunft größere Probleme zu erwarten.

Bei der Hilfe für Menschen, die dann Probleme haben werden, ihre Energiekosten zu bezahlen, muss die Stadt Kamen ihren Anteil leisten. Eine Chance, die Möglichkeiten dazu zu diskutieren, wurde im Sozialausschuss vertan.

**Strom- und Gassperren  
stoppen**

**DIE LINKE.**







# Das Klima retten

nicht den  
Kapitalismus

***DIE LINKE.***



# Stellungnahme zur Armut in Lünen

von Hans-Georg Fohrmeister, Vorsitzender des DGB-Ortsverbandes Lünen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Armut gibt es in Lünen nicht erst seit Corona, Krieg und den steigenden Inflationsraten. Eine strukturelle Armut ist schon seit Jahrzehnten vorhanden. Es ist nicht die Armut, die wir aus vielen Ländern der Südhälfte unserer Erde kennen. Mit Hungersnöten, hoher Kindersterblichkeit, Kriegen und Klimakatastrophen. Es ist eine Armut, die immer mehr LünenerInnen an den Rand der Gesellschaft drückt und von vielen Dingen ausschließt.

Armut kann man nicht nur an nackten Zahlen festmachen, es empfindet jeder anders.

Die Statistiker:innen nennen arm, wer mit seinem Einkommen unter 60 Prozent eines Durchschnittseinkommens liegt.

## Einige bedenkliche Fakten aus Lünen

Die Arbeitslosigkeit liegt immer noch bei 10 Prozent. Trotz wirtschaftlichem Höhenflug in Deutschland im vergangenen Jahrzehnt. Viele sind Langzeit-Arbeitslose.

Jedes vierte Kind in Lünen wächst in Armutsverhältnissen auf. 24 Prozent der Kinder unter 18 Jahren leben in Familien, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Diese Kinder haben geringere Chancen auf eine gute Ausbildung und später eine gesicherte Beschäftigung. Es gibt Quartiere in Lünen, in denen jedes zweite Kind von Armut betroffen ist.

Jeder fünfte Mann und jede vierte Frau arbeitet im Niedriglohnssektor. Die Anzahl der „Helfer“, so werden diese Menschen in den Statistiken genannt, steigt immer mehr. Die Folgen sind spätere Altersar-

mut, die bereits heute immer größer wird.

In der Landesstatistik NRW steht Lünen bei den Durchschnittseinkommen auf einem Abstiegsplatz. Lünener:innen haben im Jahr rund sechstausend Euro weniger zur Verfügung als im Landesdurchschnitt. Auch die Arbeits- und Lebensverhältnisse in Lünen werden nach einer Erhebung des Instituts der deutschen Wirtschaft in den letzten Teil der Tabelle einsortiert.

## Die Folgen der Armut

Bei den ärmeren Familien dauert der Monat länger als das Geld reicht. Es droht Verschuldung und es kann immer nur das Billigste eingekauft werden. Da klingt es wie Hohn, wenn dazu aufgerufen wird, beim Einkauf auf besondere Qualität zu achten.

Familienarmut trifft besonders die Kinder. Jedes Kind hat besondere Talente, die unsere Gesellschaft dringend braucht und die gefördert werden müssen. Leider ist es meistens immer noch so, dass die soziale Stellung des Elternhauses die Zukunft der Kinder bestimmt. Das hat besonders die Pandemie mit den Unterrichtsausfällen gezeigt.

Genauso wie größere Vermögen vererbt werden, wird meist auch die Armut vererbt.

Armut schließt auch weitgehend aus, unbekümmert in Vereinen oder anderen Gruppierungen mitzumachen. Die Teilnahme an gesellschaftlichen Ereignissen ist meist nicht möglich. Das Interesse kreist eher um die Sorge, über die Runden zu kommen.

Die Gesellschaft spaltet sich immer mehr und das gefährdet auch unsere Demokratie. Der Kölner Politikwissenschaftler Prof. Christoph Butterwegge sagt: „Die sozial Benachteiligten haben das Ge-

fühl, dass ihre Interessen nicht mehr vorkommen bei den Verantwortlichen. Das beantworten sie damit, dass sie nicht mehr zur Wahl gehen.“ Auch in der früher so stabilen deutschen Mittelschicht geht die Angst um abzurutschen. Gewinner dieser Fehlentwicklung sind die Rechtspopulisten und Demokratiefeinde am rechten Rand des politischen Spektrums mit ihren dumpfen Parolen.

Die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro hilft Millionen von Arbeitnehmern und ihren Familien. Ein großer und

plätze und eine gute Ausbildung. Das sind tariflich abgesicherte, mitbestimmte und zukunftsorientierte Arbeits- und Ausbildungsplätze.

Lange wurde geklagt, Lünen hätte zu wenig Fläche für größere Ansiedlungen. Jetzt besteht die einmalige Chance, durch die Stilllegung der Steag und der Aufgabe von Caterpillar größere industriell genutzte Flächen neu zu besetzen mit Industriefirmen in Zukunftsbranchen. Realistisch sind innovative Hersteller rund um die Wasserstofftechnik, Energieverteilung

## Stadt Lünen



notwendiger Schritt, der aber nicht die Lösung des Problems darstellt. Damit unsere soziale Marktwirtschaft auch ihren Namen wirklich verdient brauchen wir flächendeckende allgemeinverbindliche Tarifverträge für alle Branchen. Erst ab einem Stundenlohn von 14,50 Euro können Arbeitnehmer:innen eine normale Versorgung erreichen und später mit einer später ausreichenden Rente rechnen.

## Was muß in Lünen getan werden?

Die Armut in Lünen trifft nicht nur die Menschen und ihre Familien, sondern auch die Stadt selber und ihre Einrichtungen für alle Bürger. Lünen war früher eine Bergbaustadt, mit großen Zuliefererbetrieben aus der Metallindustrie und ein bedeutender Energiestandort.

Die Eisenhütte Westfalia hatte 4.500 Arbeitnehmer:innen und war weltführend in der Bergbautechnik. Das Kupferwerk beschäftigte über tausend Arbeiter:innen als größter Kupfer-Wiederaufbereiter. Mit der Stilllegung der Kohlegruben brachen der Industrie die wichtigsten Kunden weg und die Kohlekraftwerke werden aufgegeben. Zehntausende Arbeitnehmer:innen verloren ihre gut bezahlte Arbeit. Der Stadt Lünen fehlen Steuereinnahmen, so dass sich inzwischen mehrere Hundert-Millionen Euro Schulden angesammelt haben. Wichtige und zukunftsorientierte Projekte können nur mit Landes- und Bundeszuschüssen realisiert werden. Unsere DGB-Vorsitzende in NRW, Anja Weber, fordert bei jeder Veranstaltung Hilfen für die Kommunen ein, die noch immer vom Strukturwandel betroffen sind.

Was Lünen und die Menschen hier am dringendsten brauchen sind gute Arbeits-

und -versorgung sowie Anlagen- und Apparatebau für Klimaschutz und Energieeffizienz, natürliche Energiegewinnung, Entstaubungsanlagen usw. Weiterhin favorisiert werden sollte Lünens Spitzenstellung in der Kreislaufwirtschaft. Aus der Bundes- und Landespolitik, von Unternehmen und Gewerkschaften kommt einhellig die Vorgabe, das Revier als Industrieregion zu stärken. Dafür stehen auch öffentliche Hilfen bereit.

Was Lünen nicht weiterhilft ist ein Lager- und Verteilzentrum, die es im Umkreis häufig gibt. Es würde nur eine überschaubare Anzahl Arbeitsplätze entstehen. Die „Innovationen“ der Logistikbranche bestehen aus menschenleeren Lägern, später folgen fahrerlose Transporte.

## Kennzahlensystem für Wirtschafts- und Sozialdaten notwendig

Um in Lünen die oft umstrittenen politischen Entscheidungen sachgerecht und besser verständlich treffen zu können, werden Zahlen und Fakten der Stadt und ihrer Einwohner benötigt, die regelmäßig und in vergleichbarer Form vorgelegt werden. Damit können Entwicklungen gut sichtbar nachvollzogen werden. Jedes auch kleine Unternehmen hat betriebliche Kennzahlen, womit diese Unternehmung kontrolliert und gesteuert wird. Ein städtisches Kennzahlensystem an dem sich alle, Verwaltung, Politik und Bürgerschaft, regelmäßig orientieren können fehlt in Lünen. Die Rohdaten sind vorhanden, auch in unserer Stadtverwaltung gibt es Computer. Diese Rohdaten werden häufig gebraucht um





eigene Vorschläge und Anliegen durchzusetzen. Die meisten Vorgänge in unserer Stadt sind aber keine Einzelfälle, sondern haben Auswirkungen auf andere Vorgänge. So gibt es in Lünen durchaus eine Sozialstatistik, die aber unregelmäßig veröffentlicht wird. Es ist auch eher ein Vergleich der Stadtteile untereinander mit einer völlig unsinnigen Rangfolge. Mit einem verständlichen Kennzahlensystem sind dann Ausschussmitglieder nicht überrascht, wenn über Kinderarmut in Lünen geredet wird.

### Ausblick

Uns allen bereitet die aktuelle politische Situation große Sorge. Die armen Familien trifft die hohe Inflation am härtesten. Die haben keinen Puffer für höhere lebensnotwendige Ausgaben.

Den Abgehängten in der Gesellschaft müssen wir Würde und Teilhabe ermög-



lichen. In der Politik wird viel von Respekt gesprochen, das muß auch umgesetzt werden. Weg mit der Wort-Folge ar-

beitslos, wohnungslos, hoffnungslos. Alle Menschen haben Anrecht auf einen Platz in unserer Gesellschaft.



## Sparkasse in Schwerte

Vor einigen Jahren knallte es in Westhofen: unbekannte Täter hatten einen Geldautomaten in der SB-Filiale in Westhofen gesprengt. Der Schaden war groß und es dauerte lange, bis die SB-Filiale wieder geöffnet war.

Doch die Freude der Westhofener Sparkassenkunden währte nicht lange, hatte die Sparkasse doch keinen Kontoauszugsdrucker und kein SB-Überweisungsterminal mehr installiert, sondern nur einen Geldautomaten.

Das war für Westhofener Sparkassenkunden, die kein Online-Banking betrieben, ein Schlag ins Gesicht, mussten sie doch, um eine Überweisung zu tätigen oder Auszüge zu drucken bis nach Schwerte fahren.

Es formierte sich Widerstand. Insbesondere die Westhofenerin Gabi Weck-Leste setzte sich für die Westhofener Sparkassenkunden ein, sammelte innerhalb kürzester Zeit über 1.000 Unterschriften, was die Sparkasse letztendlich nicht mehr ignorieren konnte. Nach einem Gespräch mit dem Schwerter Sparkassenchef, Herrn Bartscher, und trotz verschiedener Widrigkeiten, wurde die SB-Filiale in Westhofen im April 2019 mit den fehlenden Geräten nachgerüstet, sodass wieder alle in einer SB-Filiale übli-

chen Bankgeschäfte möglich waren.

Seit zwei Jahren hat das Gebäude in der Amtsstraße in Westhofen, in welchem sich die SB-Filiale befindet, einen neuen Eigentümer. Dieser hat den Raum der SB-Filiale an die Sparkasse vermietet. Außerdem hat die Sparkasse, die mittlerweile nicht mehr eigenständig ist, sondern zur Sparkasse Dortmund gehört, eine neue Mitarbeiterin, die für den Mietvertrag in Westhofen zuständig ist.

Der Vermieter fühlt sich durch diese Mitarbeiterin drangsaliert, weil diese angeblich zu kurze Fristen für die Sanierung der beschädigten Rampe setzt, fortwährend die mangelnde Sauberkeit in der SB-Filiale bemängelt und deswegen regelmäßig die Miete mindert. Daraufhin hat der Vermieter, der der Meinung ist, nicht für die Sauberkeit der SB-Filiale zuständig zu sein, den Mietvertrag fristgerecht zum Ablauf des Vertrages am 31.12.2023 gekündigt. Er überlegt

sogar, den Vertrag fristlos zu kündigen und berät sich in dieser Frage mit einem Anwalt. Hier können wir dem Vermieter sehr gut folgen, denn normalerweise ist der Mieter für die Sauberkeit der angemieteten Räume selbst verantwortlich.

Die Gefahr besteht also, dass es entweder sehr bald oder in 16 Monaten keine SB-Filiale der Sparkasse Dortmund mehr in Westhofen gibt und die Sparkassenkunden in Westhofen in die Röhre gucken.

Wir als „Die Linke“ in Schwerte fordern die Sparkasse Dortmund auf, sicher-



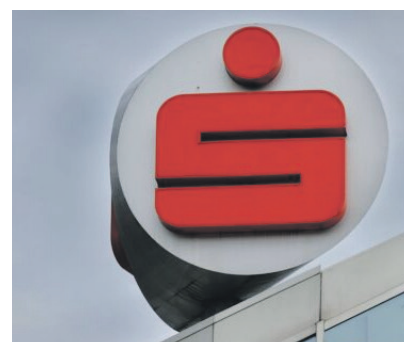
### Die Wirtschaft ist für die Menschen da – für einen sozialökologischen Systemwechsel

Wir wollen eine sozial gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft in NRW. Wir wollen ein Land, das in Sachen Klimawende, soziale Gerechtigkeit und Digitalisierung nicht länger hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt. NRW nutzt das gegenwärtige Potenzial nicht aus. Das Land braucht dringend mehr öffentliche Investitionen. NRW ist von Industrie und Strukturwandel geprägt. Die bisher vorherrschende Politik hat sich zu wenig am Interesse der Mehrheit der Menschen und an der Notwendigkeit des ökologischen Umbaus orientiert.

### Ziele der Wirtschaftspolitik in NRW

Zu lange hat die schwarz-gelbe Landesregierung mit der Schuldenbremse dringend nötige Zukunftsinvestitionen ausgebremst. Sie hat zu wenig auf die wirtschaftliche Entwicklung eingewirkt, um ihr eine soziale und ökologische Richtung zu geben. In der Folge sind soziale Ungleichheit und Armut gewachsen. Nordrhein-Westfalen muss von diesem Weg abkehren. Soziale Gerechtigkeit, eine starke und ökologisch erneuerte industrielle Wertschöpfung und eine Wirtschaft, die den Menschen dient, das müssen die Ziele einer Wirtschaftspolitik in NRW sein.

Landtagswahlprogramm 2022  
DIE LINKE NRW



zustellen, dass es in Westhofen weiterhin eine SB-Filiale gibt, in der Menschen, die kein Online-Banking machen können oder wollen, ihre Bankgeschäfte erledigen können. Als öffentlich-rechtliche Körperschaft hat die Sparkasse einen Versorgungsauftrag gegenüber den Menschen in Ihrer Region. Diesem Auftrag muss sie nachkommen, insbesondere weil durch die Schließung der Filialen der Deutschen Bank und der Commerzbank in Schwerte, kaum noch Alternativen für Bankkunden in Schwerte vorhanden sind.

Eine gute Lösung wäre, einen sparkasseneigenen Container, der gegen Sprengungen gesichert werden kann, in Westhofen aufzustellen. Das hätte den Vorteil, dass nicht andere Gebäudeteile oder andere Geschäfte in Mitleidenschaft gezogen werden können. Geeignet wäre dafür ein Standort auf dem Parkplatz bei Lidl.



# Mangelnder Klimaschutz in Kamen

Von Andreas Meier

Solaranlagen auf den riesigen Flachdächern der Logistikhallen (Arvato, Tedi) im P3-Park an der Henry-Everling-Straße in Kamen sind Fehlanzeige. Als Arvato vor wenigen Jahren und kurz danach Tedi in Kamen ihre Logistikzentren bauten, hätten Stadtrat und Stadtverwaltung darauf bestehen können, dass die Baugenehmigung der Logistikhallen nur mit der Auflage von Solaranlagen und vielleicht sogar Dachbegrünung hätten realisiert werden dürfen.

Stattdessen gab es diese Baubedingung nicht und es blieb bei einer Freiwilligkeit von Arvato und Tedi betreffend einer möglicher Solarbedachung. Passiert ist bis heute seitdem nichts. Nothing, nada, niente, null!

## Keine Auflagen zu Solaranlagen bei Neubauten

Das ist auch nicht verwunderlich. Umwelt- und Klimaschutz werden heutzutage leider noch fast immer als lästige nutz-

lose Kostenträger gesehen – übertrieben gesagt. Schließlich geht es um Profite, Gewinne und Renditen.

Auch in anderen Klima- und Umweltschutzbereichen sieht es in Kamen eher ungünstig aus.

Dabei überschlagen sich doch Rat und Verwaltung mit besten Absichten zum Thema Klimaschutz seit der Einführung des Klimaschutzkonzepts im Jahr 2015. Als Linke beklagen wir, dass schon längst hätte mehr passieren können. Gemäß dem Motto: Klotzen, statt kleckern.

Entsprechende Bemühungen müssten auch in Kamen anders ausfallen.

Man bedenke unseren Antrag (vom 23.04.2018) in der Stadtpolitik zur Verpflichtung von Solar- und/oder Dachbegrünungen bei Neubauten und Dachumbauten bis 15 Grad Dachneigung. Hierbei wurde unserem Antrag nur in dem Punkt Berücksichtigung geschenkt, wenn sich die Solar- und Dachbegrünung wirtschaftlich rechnen würden.

Das ist eigentlich immer der Fall, aber Rat und Verwaltung hatten sich sowie den Bauherren und Investoren damit ein listiges Hintertürchen geschaffen.

## Schottergärten werden nicht verboten

Schlimmer verhielt es sich bei unserem Antrag (vom 23.05.2019) zum Verbot von umwelt- und klimaschädlichen Schottergärten in Kamener Neubaugebieten. Davon wollten Rat und Verwaltung überhaupt nichts wissen. Das ginge ja mal gar nicht und der Antrag wurde rundweg abgelehnt.

Bei ca. 80 Milliarden Euro Klimawan-

delschäden in Deutschland seit 2018 bis heute, wäre ein stärkeres Klimaschutzengagement dringend notwendig. Mit dem Hintergrund des Russland-Ukraine-Kriegs wäre es ebenfalls ratsam den Ausbau der regenerativen Energien voranzutreiben, um unabhängiger von Öl und Gas aus Russland werden zu können.

Denn die Energiewende ist in Deutschland seit wenigstens 15-20 Jahren überfällig.

Wie gesagt, zeitgemäßer und wissenschaftlicher Umwelt- und Klimaschutz sehen anders aus. Die Zeit drängt eben. Doch davon ist die Stadt Kamen noch leider weit entfernt...



## Heißer Herbst: Kundgebung in Schwerte

# Gegen die Inflation, Gas- und Strompreissteigerung

Am 31.08.2022 fand auf dem Postplatz in Schwerte eine Kundgebung vom Stadtverband Schwerte statt, welche die brennendsten Probleme in der aktuellen Krisensituation thematisierte.

Das waren

- die Inflation, die mittlerweile 9% erreicht hatte,
- das Auslaufen des 9-Euro-Tickets und
- die Gaspreismulage.



Die Kundgebung traf auf mediales Interesse: schon im Vorfeld erschien ein Artikel in den „Ruhrnachrichten“, die in Gestalt einer Redakteurin die Kundgebung besuchte und ein Interview mit unserem Stadtverbandssprecher Karl-Heinz Schimpf und Peter Weyers führte, der Vorstandsmitglied im Stadtverband ist.

Nach der Eröffnung der Veranstaltung Karl-Heinz Schimpf traten Peter Weyers, und Fotis Matenzoglu, Mitglied des Landesvorstandes als Redner auf.

Beiden war es wichtig darauf hinzuweisen, dass die Präsenz auf der Straße wichtig ist, um gegen die ungerechte Politik der Ampel-Koalition zu protestieren, damit nicht, wie bei der Gaspreismulage,

das Geld der Gaskunden direkt auf den Konten der Aktionäre der Energiekonzerne landet.



## Übergewinnsteuer einführen!

Auch die Übergewinnsteuer war ein Thema; wenn der heutige Preis für Rohöl 10 Cent teurer ist, als direkt bei Kriegsbeginn, aber Diesel nach dem Auslaufen des Tankrabatts 90 Cent teurer ist als zu Kriegsbeginn, ist klar, dass sich die Energiekonzerne auf unsere Kosten bereichern. Diese Übergewinne müssen, wie in anderen Ländern Europas auch, besteuert werden, um damit einen Basistarif zu finanzieren, der allen Menschen die Möglichkeit gibt, den Grundbedarf an Energie zu einem Preis wie vor dem Krieg zu beschaffen.

Beide Redner

wiesen vehement darauf hin, dass die Inflation bei Nahrungsmitteln, bei Energie und bei anderen Dingen des täglichen Bedarfs, dazu führen wird, dass auch Normalverdiener von Armut bedroht sind und dass die Spaltung unserer Gesellschaft dadurch verstärkt und manifestiert wird.

Sie forderten, die staatlichen Hilfen, wie die Energiepreispauschale nicht mit der Gießkanne auch über solchen Menschen auszuschütten, die diese nicht brauchen, und nicht die Menschen mit tendenziell wenig Geld, wie Rentnerinnen



und Rentner sowie Studierende zu vergessen. Stattdessen müssen Hilfen ganz besonders bei den Menschen ankommen, die schon vor der Inflation kaum über die

## Die Linke fordert:

- Jeder Haushalt muss seinen grundlegenden Energiebedarf zu einem bezahlbaren Preis decken können. Das würde auch Sparreize setzen, weil bei einem überdurchschnittlichem Verbrauch Mehrkosten anfallen.
- Wir müssen jede Möglichkeit nutzen, Energie zu sparen, dazu zählt auch ein Tempolimit auf Autobahnen.
- Wir brauchen eine Übergewinnsteuer, die wir zur Finanzierung eines Basistarifs in der Energieversorgung einsetzen.
- Wir brauchen die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und eine gerechte Besteuerung von Kapitalerträgen.
- Die H4-Regelsätze müssen um mindestens 200 Euro erhöht werden.
- Wir fordern eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 53 %, der ab einem Jahreseinkommen von 76.000 Euro gelten soll und eine deutliche steuerliche Entlastung von „Normalverdienern“, wie zum Beispiel dem „Eckrentner“.
- Wir fordern die Zahlung der Energiepreispauschale auch an alle Rentner, nicht nur für die die parallel zur Rente auf einen Minijob angewiesen sind. Rentner müssen gleichbehandelt werden

Runden kamen und keine Rücklagen zur Bewältigung dieser Krise bilden konnten.

Peter Weyers äußerte im Interview die Hoffnung, dass steter Protest letztendlich dazu führt, dass Forderungen in Berlin und Düsseldorf ankommen und Karl-Heinz Schimpf kündigte ähnliche Veranstaltungen für den Herbst an. Darüber werden wir berichten.

**Die Reichen müssen für die Krisen zahlen!**

**DIE LINKE.**  
Stadtverband Schwerte



## Buchtipps

## Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt

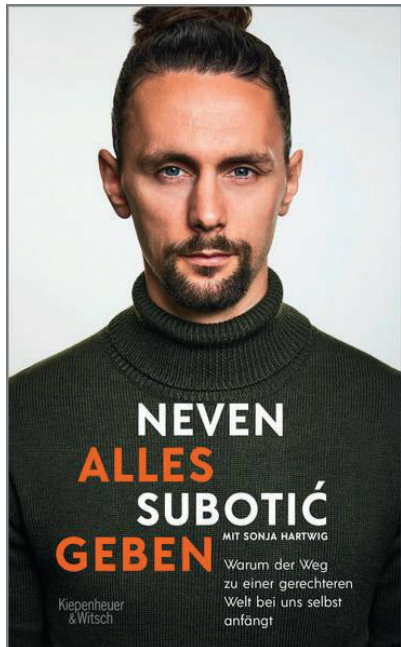
Von Peter Weyers

Für die meisten Menschen, die politisch links orientiert sind, ist die Ungerechtigkeit in kapitalistischen Systemen die Triebfeder, politisch oder gesellschaftlich aktiv zu werden und sich für die schwächeren Mitglieder unserer Gesellschaft einzusetzen.

Auch für Neven Subotic, der das Leben als Flüchtling kennenlernte, Angst vor Abschiebung hatte und auch ein Leben als privilegierter Fußballprofi führte, ist es letztlich das Thema Gerechtigkeit, welches dazu führte, dass er sein Luxusleben infrage stellte und eine Stiftung gründete, die sich darum bemüht, globale Ungerechtigkeiten abzufedern, indem sie u. a. dafür sorgt, dass auch Menschen in Äthiopien Zugang zu sauberem Wasser haben.

Das Buch erzählt, wie und warum Neven Subotic zum gesellschaftspolitischen Aktivist wurde.

Wer die Stiftung von Neven Subotic unterstützen möchte, kann sich hier informieren:



[www.facebook.com/NevenSuboticStiftung](https://www.facebook.com/NevenSuboticStiftung), <https://nevensuboticstiftung.de>

## Goden dag leve lüde!

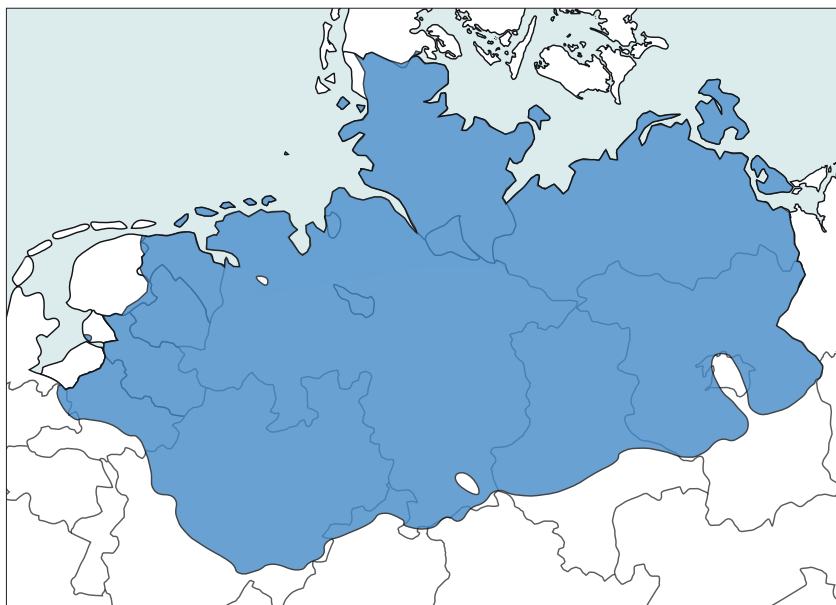
Von Timo Putzer

Vandage wil ik hwat skryven üever de „Nysassiske Skryvwyse“. En paar van ju doot sik vorwis aal vrågen, hwat düssen kerl sou avsünderlik platdüütsk skryven deit. Sou heyl un deyl anders, as eyn dat kent. Dat givt dår eynen goden grund vöär. Düütsk, engelsk or fransöösk hevvten en vasten standard.

As byspil segt us de Duden akkuråt, hwu en word to skryven is. Dat is dat resultåt van de histoorsche uutwikkeling van disse språken un de nationen. Usse platdüütsk, de sassiske språke, hadde ni sou eyne uutwikkeling ni hat. Dårüm givt dat bitto ouk neynen standard vöär dat skryven. Or villicht deade ik beater seggen: Dat givt sou mannige standards, un noch

meyr lüde, de skryvet as se dat wilt. Dat is je ouk ni vorkeyrt, män dat skryven is doch beater, hwen eyn dat ouk leasen kan. Hyr is dat probleem: In düütskland skryvet veale nå dem „SASS“. Äver ni in Miakelenburg, dår skryvet se anders. In dem Mönsterlande is dat skryven nå Kahl begang.

Up der neaderländske kante is dat in Twente ouk anders as by Groningen un sou wyder. In de neaderlande het dat klår neaderländsk inwerken up språke un skryven, un by us düütsk. Hwen nu elke land de lyke språke anders skryvt, is dat vöär dat vorstån eysk. In der moderne tyd kan eyn med lüde uut alle werld præten. Hwousou ni ouk up sassisk. Up social media waere dat doch eynvak. Eyn standard



Polit-Rockband beim Sommerfest der LINKEN

## ZAM! Zornige Alte Männer

....Zu den wenigen über viele Jahre politisch aktiven Bands, die sich lange treu geblieben sind, gehört die Gruppe Schweinecombo....Weil aber nicht nur Themen älter werden, sondern auch Zornesfalten tiefer, benannte sich die Schweinecombo nach 25 Jahren um, und zwar in ZAM! Zornige Alte Männer....

In den 80er Jahren waren sie die Kultkombo der Friedensbewegung. Als „SCHWEINEKOMBO“ spielten sie in ganz Deutschland auf Demos, Friedensfesten, Ostermärschen und Unifesten, tourten mit dem Rockmusical „Tage die wie Wunden brennen“ von Klaus-Peter Wolf durch die Republik und kamen mit ihrer Single „Fighting for Nelson Mandela“ bis nach Mosambik.

Nach 40 Jahren machen sie als „ZORNIGE ALTE MÄNNER“ weiter. Die Themen der Songs haben sich kaum verändert: waren es in den 80ern Kalter Krieg, Ausländerfeindlichkeit, Neonazis und Arbeitslosigkeit sind es heute Fremdenfeindlich-

keit, Hartz 4, Kriege und Neonazis! Aber auch das Älterwerden und das Sterben („die Einschläge kommen näher“) werden so langsam zum Inhalt der neuen Lieder, man wird ja nicht jünger.

### Und die Musik

Rock von ungeschliffen bis bluesig, auch mal 'ne Ballade und kleine Überbleibsel von Neuer Deutscher Welle. Viele neue Stücke und einige alte Lieder mit aktualisiertem oder völlig neuem Text zeigen wo es hingehen soll.



Zornige Alte Männer - "Wird schon geh'n"  
Faltige Lieder für die reifere Jugend / Grumpy old men - always complaining!



mächt dat licht. Ouk vöär de algorithmen is dat belangryk.

Üm sichtbår to weasen mot dat internet wiaten, hwelke språke dat is. Dat kan eyn automatisk systeem män kennen, ümdat et eynen standard givt. Anders blivt usse platdüütsk unsichtbår. Dissen standard kan ouk gerne sum varianten hevven, dår kümt de kunstklookde med toerecht. Sou het sik eyn trop van junge lüde vunden, de språkaktivisten un linguisten sint, un de hevvet eyne skryvwyse maakt vöär alle sassiske dialekte.

Meyr up: [https://nds-nl.wikipedia.org/wiki/Nysassiske\\_Skryvwyse](https://nds-nl.wikipedia.org/wiki/Nysassiske_Skryvwyse)

### Impressum

Herausgeber der Zeitung LinksRutsch ist der Kreisverband DIE LINKE im Kreis Unna.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Karl-Heinz Schimpf, Kimberstraße 5, 58239 Schwerte.

Hinweise, Informationen und Kritik senden Sie bitte an [linksrutsch@dielinke-kreis-unna.de](mailto:linksrutsch@dielinke-kreis-unna.de).

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Unna



Sommerfest am  
Wuckenhof  
zugunsten der  
Tafel Schwerte

2022  
September  
Sonntag  
**25**  
14:00 Uhr

**Musik**

„Zornige alte Männer“  
Lasse Willnat



**Essen und Trinken**

Bratwurst vom Grill  
Kaffee und Kuchen



**Sport und Spiel**

Boule  
Torwand



Das Sommerfest zugunsten der Tafel  
wird unterstützt von

